

gegen die neuerdings wieder stärker auftretende Maul- und Klauenseuche werde erhöhte Mittel fordern. Für die Schaffung von Einheits- und Mustertypen landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte sei wieder eine Million eingezogen, es werde aber notwendig sein, daß dieser Aufgabe in Zukunft erheblichere Mittel zugeführt würden. Hier gelte es, Arbeit zu erparen und gleichzeitig mehr zu produzieren. Die beiden größten Aufgaben aber, die dieses Jahr zu fördern seien, das sei der Absatz an Düngemitteln und die Verbesserung des Agrarkredits. Trotz der verspäteten Kreditaktion für den Düngemittelabsatz hat vorläufig Jahre habe dieser wieder alles Erwarteten nahezu den Absatz von Dünger des Jahres 1924-25 erreicht. Der Energie der Bauern und der Leistungsfähigkeit der Fabriken ist dieses glückliche Resultat zu verdanken. In diesem Jahre habe sowohl der Absatz an Stickstoff als auch an Thomasmehl und Kali eine günstige Entwicklung genommen, die erwarten lasse, daß der vorjährige Verbrauch überholt werde. Natürlich hänge der Düngemittelabsatz sehr zusammen mit der Frage des Personal- und Realcredits der Landwirtschaft. Man könne annehmen, daß die landwirtschaftlichen Hypothekarschulden, ohne die aus der Aufwertung herrührenden Hypotheken, von 1,1 Milliarden auf 1,8 Milliarden gesunken seien, also um 760 Millionen. Die Personalschulden, soweit sie feststellbar seien, hätten in der Zeit um 200 Millionen abgenommen. Trotzdem könne aber damit gerechnet werden, daß die Verschuldung nicht erheblich zugenommen habe, weil eine Unmenge Geschäftsmännern, Dünge- und ähnliche Schulden abgedeckt worden seien.

Auf das schärfste müsse man sich aber gegen die Kreditpolitik der Kassenbankkreditanstalt wenden, die durch die Hypothekendarlehen und sonstigen Kreditinstituten der Landwirtschaft Realcredit unter Bedingungen gebe, die nicht mehr zeitgemäß seien. Die Bedingungen seien dermaßen unangenehm und dermaßen drückend, daß sie von den Landwirten nur ungern hingenommen würden. Es müsse dahin kommen, daß diese Institute, genau so wie es die Banken heute in ihrem Kreditverkehr schon tun, wieder zu normalen Bedingungen und ohne geradezu widerwärtige Bestimmungen gelde. In einer Anzahl von Bestimmungen der Darlehensurkunden bekämpfe der Realcredit die schärfste dieses Systems, vor allem die Kaufkraft-Bestimmungen, die darin enthalten sind, und das Verlangen, daß der Schuldner sich in jedem Falle der sofortigen Zwangsversteigerung unterwerfe. Es sei Aufgabe des Reichstages, sowohl durch Wiederinstitusierung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches hier Ordnung zu schaffen. Es ginge auch nicht an, daß der von den Genossenschaften vertretene Personalcredit vielfach noch um einige Prozent teurer sei als das Geld vom ursprünglichen Geldgeber bis zum letzten Nehmer dürfte höchstens 1/2 Prozent kosten, denn alle die Zwischeninlagen seien doch nur Vermittler. Tatsächlich koste der Weg 2 und 2 1/2 Prozent, ein Zustand, der unter keinen Umständen ertragen werden könnte.

Geschworene und Schöffen.

Schluß mit einer Justizreform, die keine war.

Die jüngste Entwicklungsgeschichte der deutschen Rechtsprechung hat Veranlassung gegeben, daß neuerdings wieder ernsthaft die Forderung erhoben wird, die sogenannte Justizreform, die der bairisch-vollparteiliche Justizminister Dr. Emminger 1923 auf Grund der Ermächtigungsgehe decretiert hat, wieder rückgängig zu

machen. Man hat nämlich manchen allenshallen entdecken müssen, daß diejenigen Kreise recht behalten haben, die fernerzeit der Auffassung waren, daß diese Justizreform keine gewesen ist. Was hat Emminger getan? Er hat mit einem Federstrich an die Stelle der Beratung das Diktat gesetzt, er hat die bis dahin bestehende gemeinsame Arbeit von Geschworenen und Richtern beseitigt. Er hat in Wirklichkeit die Geschworenen zu Schöffen ge-

D. D. B. Magdeburg.

Gruppe für Handwerk u. Gewerbe.

Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr
spricht in den

Altstädter - Bürgerhäusern
Aplleplatz 9

Ehren-Dobnermeister
der Schreiner-Zunftung Cassel

Kniest
M. D.

über

Mittelstandsfragen im Reichs- u. Landtag

Zu dieser Versammlung laden wir alle Handwerkermeister und Gewerbetreibende freundlich ein.

macht, die lediglich über die Schuldfrage mitzureden haben, während die Bestimmung des Strafmaßes dem Berufsrichtern allein überlassen wurde. Damit hat Emminger eine Klassifizierung zwischen Berufs- und Laienrichtern vorgenommen, die einer Degradation der Laienrichter gleichkommt. Die Folgen konnten nicht ausbleiben, die Laienrichter, sprich Geschworene, fühlen sich nicht mehr als vollwertig und mußten deshalb den unkontrollierbaren Einflüssen seitens der Berufsrichter mehr als bedenklich ausgelegt sein. Hingut kommt ein anderes, früher war der Vorsitzende eines Schwurgerichtes verpflichtet, die Geschworenen vorher nicht nur auf die Verantwortung ihres Amtes aufmerksam zu machen, sondern sie auch über alle Einzelheiten ihrer Tätigkeit einschlechtig über den Abfimmungsmodus, über die Weisheitsnotwendigkeiten, ins Feld zu setzen. Das mußte in öffentlicher Verhandlung geschehen. Auch das ist beseitigt worden. Und so konnte es kommen, daß ein Fall bekannt geworden ist, in dem die Geschworenen nicht einmal Bescheid wußten, daß eine von ihnen mit den Berufsrichtern gemeinsam zu treffende Entscheidung, nämlich die Frage über Schuld oder Unschuld, nicht mit einander, sondern mit Zweidrittelmehrheit erfolgen mußte. Das sind Zustände, die unhaltbar sind, und die, gerade weil sie symptomatisch sind, als die wesentlichsten Ursachen für die Vertrauenskrise der Justiz mit angesehen werden müssen, die wir jetzt erleben.

Es wird deshalb dringende Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaften, diese Reform, die ein typisches Kind der Inflationzeit sind, zu beseitigen. Es wird notwendig sein, zur Stärkung der Rechtsgarantien die Schwurgerichte in ihrer ursprünglichen Fassung wiederherzustellen. Berufsrichter und Geschworene müssen mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten sowohl über die

Schuldfrage wie auch über die Frage des Strafmaßes entscheiden. Darüber hinaus aber zwingen die Erfahrungen der letzten Zeit dazu, für die Geschworenen — und das gilt auch für die Schöffen — Kurse emparischen, in denen sie nicht zu Voll- oder Halbjuristen gemacht werden sollen, wohl aber müssen sie für alle Formalitäten ihre verantwortlichen Amtes genau unterrichtet werden. Und dann sollte man auch in der sozialen Auswahl der Laienrichter in Zukunft bedenken, daß die deutschen Länder Volkssitten geworden sind. Man wird auch den ein- und jochigen Arbeiter, wenn man ihn zweckmäßig über sein Aufgaben orientiert, zu einem brauchbaren Schöffen an Geschworenen machen können. Für die Leberweidung des Vertrauensstoffs der Justiz wäre damit viel gewonnen.

Aus Parlamenten und Parteien

Zur Verlegung der Provinzialverwaltung.

Provinzial-Ausschuß beantragt:
Der Provinzialausschuß hat in seiner Sitzung am letzten Mittwoch folgenden Antrag über die Verlegung der Provinzialverwaltung an:

„Der Provinzialtagtag wolle beschließen:

1. daß der Sitz der Provinzialverwaltung von Merseburg in eine der beiden größten Städte der Provinz verlegt wird,

2. die von den beiden Städten gemachten Gebote an kostenfreie Lieberlassung von Baugelände und Bereitstellung von Mietwohnungen für Beamte und Angestellte für den Fall ihrer Wahl anzunehmen, und

3. zu bestimmen, ob die Verwaltung nach Magdeburg oder nach Halle verlegt werden soll.

4. den Provinzialausschuß zu beauftragen, dem im Frühjahr 1928 zusammenzutretenden Provinzialtagtag die erforderlichen Neubauten vorzuschlagen.

Schließlich beantragt der Provinzialausschuß, ihn ermächtigen, die hierfür erforderlichen Mittel kurzfristig anzuleihen und auf die für den Bau neuer Provinzialgebäude aufzunehmende Anleihe vorzuschußweise zu verrechnen. Die Kosten für die erforderlichen Bauten sind auf 4 Millionen Mark veranschlagt. Der Landeshaupmann rechnet damit, daß eine jährliche Verschuldung von 300 000 Mark gleich 1/2 Prozent der Umlage entfällt.

Reichstagsabgeordneter Schuld-Stegh 30 Jahre.

Am 30. Januar beging der Beamtenführer u. Reichstagsabgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei, Otto Schuldt, seinen 50. Geburtstag. Schuldt, d. b. M. A. d. C. Geboren ist, war bereits zeitig in Beamtengehilfenverhältnisse tätig. Ebenso frühzeitig tätigte er sich beamtenpolitisch und war als Vorsteher des Beamtenverbandes in Wilsberg. Als Vize-Beamtenführer widmete er naturgemäß sein Augenmerk dem Gemeinwohl der Beamten. Am 1. Juli 1919 wurde er Vorsitzender des Reichsbundes Deutscher Beamtenführer in Wilsberg. Auch politisch ist er frühzeitig als Mitglied des Gemeinderates in Wilsberg und Kreisabgeordneter des Reichstages in Wilsberg hervorgetreten. Der Reichstag gehört Schuldt seit 1920 an. Schuldt genießt nicht nur in den Kreisen seiner Kollegen, sondern in der gesamten Beamtenenschaft großes Vertrauen und hat als Abgeordneter in Vertretung der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Beamtenenschaft große Verdienste erworben.

Möge es dem verehrten Politiker und Beamtenführer noch recht lange vergönnt sein, seine Kräfte zum Wohle der Beamtenenschaft und des ganzen deutschen Volkes einzusetzen.

Kunst und Leben.

Neue Briefe von Walther Rathenau.

Vor einiger Zeit ist unter tätiger Mitwirkung der nun auch gestorbenen Mutter Rathenaus eine Sammlung der Briefe Rathenaus erschienen, die einen fesselnden Einblick in das Wesen Rathenaus gegeben haben. Jetzt liegt in gewissem Sinne eine Ergänzung zu diesen Briefen vor, in einem Buch, das den Briefwechsel Walther Rathenaus mit dem Religionsphilosophen und Dichter Paul Eberhardt enthält (Leopold Klotz Verlag, Gotha). Eberhardt war lange Jahre freundschaftlich mit Rathenau verbunden und in den jetzt der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Briefen sieht man nicht den Großunternehmer, nicht den Wirtschaftsführer und Politiker, sondern den anderen Rathenau, der in späten Nächten sich mit seinem Freunde über die letzten Dinge ausspricht. Einige dieser Briefstellen sind wie dazu geschaffen, um uns den Menschen Rathenau näherzubringen.

Der Mensch steht an der Grenze zweier Welten. In der Welt des Denkens ist er alt und erfahren, sie beginnt mit ihm abzufallen.

In der Welt der Seele ist er kindlich neu und jung, er taucht Schritt für Schritt vorwärts.

Die Welt des Denkens ist geordnet nach dem Prinzip von Raum und Zeit; sie steht unter der gedachten Ordnung der Entwicklung.

Die Welt der Seele ist Erfüllung; sie bedarf der gedanklichen Ordnung nicht mehr.

Unter der Spezies des Denkens betrachtet — das wir noch nicht entbehren können — ist die Welt der Seele nicht die letzte, die Welt des Denkens nicht die erste.

Es gibt somit eine „Höflichkeit“ und eine „Befestigung“ als Richtung der Entwicklung.

Die Welt des Denkens verlangt die Tat, die Ehelich und Sinnlichkeit. Wir dürfen vor der Reife diese Modalitäten der Befestigung nicht verlassen.

Die Welt der Seele ruht; (von jener Seite betrachtet). In ihr löst sich Denken, Tun und Werken in Gott.

Zriemwalde, 16. 9. 1917.

Was auf mir lastet, ist das Kommando. Ich denke nicht an meine Person, die mag ihren Willen finden. Ich sehe das Grauen — endlos — ins Unabsehbar verlängert, und hinterher — keine Besserung. Niemand kann lernen, niemand kann lehren. Im Zeitenfall des Warten ist es ein Riß, im Weltengange ist es ein Raub, für ein Lebensalter ist es zu viel. Unsere Lebensnotwendigkeit ist es nun einmal: wir möchten etwas gerundetes haben; auch die Tragödie zeigt mit einem Finger über ihr Ende hinaus. Sollen wir nur die Düngung, nicht einmal die Saat erleben?

Weber, Freund, wir beiden wissen eine Antwort auf alles dies; Luther sagte: ich bin frühlich im Geste, aber sehr betrübt im Fleisch. Meine Pflicht wäre, Sie, der Sie aus einer guten Hoffnung wieder in die Plage gedrängt sind, aufzuheitern. Sie können es im Anfang; ich bin keineswegs stündlich traurig, sondern, soviel ich kann, lässig. Doch Sie erlauben mir keine Momentaufnahme, sondern den ewigen Umriß.

Hier wird es Herbst. Die heutige Nacht, meine letzte hier, hält eine Stunde lang den Zeiger an. Morgen beginnt die minder bewußte Seite meines Lebens, die ermüdenderen Tage, die tieferen Nächte.

17. März 1919.

Ich bin Ihnen dankbar für den Drang nach Wahrheit und Gerechtigkeit und das Wohlwollen Ihrer Gesinnung. Doch darf ich Ihnen nicht verschweigen, daß eine, und zwar eine entscheidende Auserkung, die nach meiner Lebenszeugung diese Tendenz verdrängt, mich tief gequält hat.

Sie sagen, daß sich ein materielles Wohlleben nicht mit einer Entfaltungstheorie, wenn sie anderen als erstrebenswerter hingestellt wird, in Einklang bringen läßt; und Sie erwähnen das freudlose Weir. Richtet auch nach meinen Worten und nicht nach meinen Taten. Beides sagen Sie in Bezug auf mich und eignen sich — in einer ersten Rechtfertigungsschrift — das Feindbildnis aus, wie ich glaube, das Ungerechteste an, das je gegen mich gesagt wurde.

Wo ist je in meinen Schriften von einer Entfaltung auf bürgerliche Lebensführung die Rede gewesen? Voraus schließen Sie, daß ich mich über das Maß bürgerlicher Lebensführung hinaus dem Wohlleben hingelasse. In meinen Schriften finden Sie vielmehr ein ganzes Arbeitsmaß, das der Aufgabe gewidmet ist, den a gemeinen Wohlstand zu heben, den Gegensatz der Klä aus im Materielle aufzuheben und einen bürgerlich Wohlstand für alle zu schaffen. Ich weiß nicht, wie ich mit solcher Nachhaltigkeit dieser Aufgabe hingenommen hätte, wie ich es in der neuen Wirtschaft getan habe.

Freilich beurteilte ich friidolen und prunkfälligen Luxus sehr hart. Haben Sie das mindeste Anzeichen für, daß ich ihn betrieb? Mein Tag vergeht in Art vom Morgen bis zum Abend, den Begriff der Vergnügung kenne ich nicht, ich pflege keinen geselligen Verkehr. I hundertjährige Maß der Lebensführung meiner Fam habe ich bis auf die Ebene geleitet, die etwa dem Vertra eines jüngeren Oberbeamten meiner Gesellschaft entspricht. Ich würde es für Unfertigkeit halten, wenn ich ein Puritanismus zur Schau trüge, den ich in meinen Schen ablehne.

Ober wollen Sie in den Vorwurf der Pamphlete bestimmen, daß ich jene kleine historische Befragung in Zriemwalde vor amtlicher Festlegung gestiftet habe? Sie g in den Besitz meiner Stiftung über, damit ein unerbittlich Wohnhaus aus der Luftszeit Preußens erhalten blei. Ist das, was Sie unter Wohlleben verstehen?

Zriemwalde, 6. 7. 1920.

Sehr verehrter Herr Eberhardt, ich bin jetzt 53, habe ziemlich ein Menschenalter gearbeitet und nicht mehr viel, jedoch noch einiges zu sag verbleibt auch nachzutragen. Für die Bewerzung sind anscheinend andere bestimmt. Heute sind nur Gegenstände am Werk, die Ihnen zur Genüge beten sind. Das Land und insbesondere meine Freun hätten sich zu meinen Gedanken anders stellen muß wenn eine Botschreibung im Plane gelegen hätte. In Ergebenheit Rathenau.

Streiflichter aus dem Stadtparlament.

Magdeburgs Wohnungsbaupolitik. — Willkür der Regierung bei den Zuweisungen aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds. — Praktische Fürsorge für die weibliche Jugend — Der Staat als Bodenspekulant.

Magdeburg, 4. Februar. 1927.

Mit einem Wohnungsbauprogramm auf weite Sicht hatte sich die Stadterordnetenversammlung zu beschäftigen. Der Magistrat glaubt, eine geordnete Planwirtschaft am zweckmäßigsten durchführen zu können, wenn er schon jetzt für eine Reihe von Jahren ein Wohnungsbauprogramm aufstellt, durch das der Fehlbetrag an Wohnungen allmählich zum Schwinden gebracht und gleichzeitig auch der durch den Bevölkerungszuwachs neu entstehende Bedarf gedeckt werden kann. Für das laufende Jahr sollen 1250 neue Wohnungen erbaut werden und in den folgenden sechs Jahren je 1500. Die Stadt hat mit diesem Plan wieder einmal bewiesen, daß sie fixer zu arbeiten vermag als der schwerfällige Apparat der Regierung. Auch die Regierung hat ein Wohnungsbauprogramm angehängelt. Es wäre höchste Zeit, daß sie damit endlich herantritt. Das Frühjahr liegt vor der Tür und damit die Zeit, da die Bauarbeiten, die in diesem Winter bei dem außerordentlich milden Wetter überhaupt nicht zu ruhen brauchen, in vollem Umfange im Angriff genommen werden können. Viel schmerzhafter ist im vergangenen Jahre durch die verpatete Veranschlagung des Bauprogramms der Regierung verloren gegangen. Nicht selten ist es aber so aus, als ob unsere Regierung aus ihren Fehlern nichts lernen will.

Die im vergangenen Jahre von den Privatarchitekten mit Recht erhobenen Klagen, daß sie trotz der außerordentlich regen Bautätigkeit nur wenig zu tun hatten, weil das Hochwasser und das Stadterweiterungsamt die architektonische und bautechnische Bearbeitung der Bauvorhaben der Stadt zurückgehalten hätten, werden in diesem Jahre nicht wiederkehren. Es ist Vorsorge dafür getroffen, daß die Tätigkeit der städtischen Bauämter sich lediglich auf die Festhalten und Grundrisspläne erstreckt und daß die Eingangsplanung durch die Privatarchitekten nicht beeinträchtigt wird. Diese selbstverständliche Regelung ist außerordentlich zu begrüßen, denn so begründet auch der Ehrgeiz unserer städtischen Architekten ist, die Bauvorhaben, deren geistige Urheber sie sind, auch selbst zu betreuen und heranzuführen zu lassen, so war doch durch die völlige Ausschaltung der Privatarchitekten die Besorgnis nicht unbegründet, als sollte auch das gesamte Bauwesen allmählich sozialisiert werden. Davor Bewahre uns der liebe Himmel.

Bei der Beratung des Bauprogramms kam auch die Entziehung über die Willkür der Regierung bei der Verteilung der Mittel aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zu recht kräftigen Ausdrücken. Magdeburg hat im vergangenen Jahre nicht weniger als 2 1/2 Millionen Mark an Hausanschaffungen aufgebracht, für seinen Wohnungsbauplan im ganzen aber nur 400 000 Mark zugewiesen erhalten. Andere Städte wie Potsdam und Halle, die weit weniger an Hausanschaffungen aufgebracht haben, sind weit besser aus dem erwähnten Fonds bedacht worden. Die Wohnungsnot ist in diesen Städten aber nicht größer als in Magdeburg. Es kommt als weiteres Moment noch hinzu, daß Magdeburg eine um ein Vielfaches höhere Arbeitslosenquote besitzt und für Volkshilfszwecke weit höhere Aufwendungen zu leisten hat, als die Städte, die von der Regierung in so offener Weise begünstigt werden. Die Stadterordnetenversammlung protestierte in einer Entschließung entschieden gegen diese Willkür und forderte, daß die an die Stadt zurückfließenden Beträge dem Auf-

kommen an Hauszinssteuer und dem Stande der Wohnungsnot entsprechend bemessen werden.

Praktische Fürsorge für die schulentlassene weibliche Jugend will die Stadt treiben durch die Einführung der Berufsschulpflicht für die weibliche Jugend. Nach dem vom Magistrat vorgelegenen Dispositiv sollen von Ostern ab die weiblichen Schneiderlehrlinge zum Besuch der Berufsschule verpflichtet werden. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel steht außer jeder Debatte. Stadt, Zrl. Behrens beantragte dazu, dem Magistrat zu ersuchen, auch für die anderen im Bereiche stehenden weiblichen Jugendlichen Unterrichtsmaßnahmen zu schaffen, damit zu Ostern 1928 alle im Beruf stehenden Mädchen den Berufsschulen zugewiesen werden können. Die Veranlassung erkannte den Vorschlag einer solchen Maßregel durchaus an und nahm den Antrag von Zrl. Behrens einstimmig an.

Magdeburg hat mit Vater Staat bisher auf keinem Gebiete besonders günstige Erfahrungen gemacht. So lange es Wohnungsfürsorge war, hatte die Stadt an der Erde für sich nur vom militärischen Standpunkt aus ein einziges Interesse. Daß der Festungscharakter für Magdeburg ein sehr böses Geschenk war, brauchen wir hier nicht näher auseinander zu setzen. Der Staat hat der Stadt das Gelände, das er zum Bau der Festungsanlagen benötigte, zum Teil einfach weggenommen, zum Teil hat er die Stadt dafür mit einem Spottpreise entschädigt. Vor mehr als 50 Jahren schon hatte die Regierung erklärt, daß der Festungsanlagen Magdeburgs wertlos seien. Aber noch Jahrzehnte später schürmten die Festungswälle Magdeburg ein und veränderten jede freie Entfaltung der Stadt. Ja, die Stadt mußte dann mit schweren Millionen in der Luft fröhen tauchen und hat bei diesem Kauf schwere Verluste erlitten, ebenso auch die Bürger, die das teure Baugelände erwarben, um hier Wohnhäuser errichten zu lassen. Das mit so hohem Kaufpreise besetzte Baugelände machte eine Rentabilität der Wohnhäuser unmöglich und mancher Bauherr, aber auch mancher Bauhandwerker, der an diesen Bauten beteiligt war, ist dadurch ruiniert worden. Vater Staat aber sah gute Leutenhaftig zu.

Etwas ähnliches ist auch jetzt wieder im Gange. Die zur Ruine gewordenen Zitadelle soll die Stadt erwerben, aber zu einem Kaufpreis, der das Ganze zu einem ausgeprochenen Wuchergeschäft stempelt. Werwerflich ist das Verhalten der Vertreter des Fiskus umso mehr, als gerade das Zitadellengelände seiner Zeit der Stadt ohne Entschädigung weggenommen wurde. Es würde nichts anderes sein, als eine Wiedergutmachung eines alten Unrechts, wenn der Staat heute der Stadt das für ihn wertlose Gelände, das die Stadt auch nur unter einem Aufwand von vielen Hunderttausend baureif machen kann, zurückgeben würde. Die von den Vertretern des Fiskus erhobenen Forderungen sind aber so unerhört, daß das Verhalten der Regierung, deren Bestreben es angeblich sein soll, jeden Bodenwucher und jede Bodenspekulation zu verhindern, öffentlich gebrandmarkt werden muß.

In der Stadterordnetenversammlung bestand völlige Einmütigkeit in der Beurteilung des Vorgehens der Regierung, da man auch hierin wieder die völlige Verantwortungslosigkeit der Vertreter des Fiskus für die Lage und die Aufgaben der Städte in der heutigen Zeit erkannte.

187 gegen 152 Stimmen abgelehnt worden. Nachdem der Ausschluß der Rechtsanwälte von einer Mehrheit des Reichstags beschlossen war, stimmten die Demokraten in der Schlussabstimmung geschlossen für das Gesetz, weil sie dieses Gesetz mit seinem wichtigen Inhalt an dem einen Punkt des Ausschusses der Anwälte um so weniger ablehnen lassen konnten, als ja bisher schon die Rechtsanwälte bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten nicht zugelassen waren. Übrigens hat auch den genannten völksparteilichen Abgeordneten Dr. Pfeffer die Ablehnung des Antrages Dr. Kaschig nicht davon abgehalten, in der Schlussabstimmung für das Gesetz zu stimmen! Die Rechtsanwälte mögen selbst darüber urteilen, ob die Deutsche Volkspartei bei dieser Sachlage besondere Veranlassung hat, sich bei ihnen zu empfehlen.

Gegen ein Konkordatsort.

Nunmehr hat auch der Evangelische Bund Konkordats-Bestimmungen bekommen und in seinen Mitteilungen heißt es: „Ein Konkordat bindet deutsches Volk, deutsches Leben, deutsche Kultur auf Jahrzehnte, ja unter Umständen auch Jahrhunderte. Ist angehts die Sachlage das „Glück“, in einer Regierung auf ein paar Wochen zu sitzen, mit einem Konkordat nicht doch etwas teuer bezahlt?“

Der Vorstand der Kreisynode Hannau hat in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß er mit dieser Bewegung von der drohenden Gefahr des Abschlusses eines Konkordats zwischen der Reichsregierung und der katholischen Kirche Kenntnis genommen habe. In der Entschließung ist weiterhin gesagt, daß durch ein solches Konkordat lebenswichtige Belange des Staates, der Kirche und der Schule gefährdet würden.

Reichshilfe für die Siedlung.

Die Notwendigkeit einer Reichsiedlungsanstalt.

Im Haushaltsausfluß des Reichstages brachte am Mittwoch, den 19. Januar, bei der Beratung des Haushalts des Reichsbeizministeriums Abgeordneter Rönneburg (Demokrat) die Frage des landwirtschaftlichen Siedlungswesens zur Sprache. Er erbat Auskunft über die bisherige Verwendung des 50 Millionen-Fonds und der 15 Millionen, die aus dem Ueberziehung des Reichsgetreidepreises für die Siedlung zur Verfügung gestellt worden sind. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß man endlich zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten zwischen der preussischen und der Reichsregierung käme. Er glaubt nicht, daß man auf die Dauer jährlich mit 50 Millionen die nötige Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung erreichen wird und regt an, der Frage der Aufnahme einer Anleihe näherzutreten. Dann müßten die Reichsgelder zur Senkung des Zinsfußes auf mindestens 4,5 Prozent verwendet werden. Ebenso forderte er, daß die Sanierung der Fällungsrieder schleunigst durchgeführt werden. Ein Sonderfonds zur Schaffung einer Siedlungsvermittlungsstelle und zur Förderung der agrarwirtschaftlichen Institute, soweit sie für die Siedlung arbeiten, sei in Höhe von 100 000 Mark erforderlich. Dringend nötig sei auch die im Vorjahre geforderte Siedlungsstatistik. Außerdem fragte Abgeordneter Rönneburg, ob baldigst eine Geleisesortlage über die Verlängerung der Paderbornsiedlung zu erwarten sei. Schließlich forderte er auch die schleunige Vorlegung des schon lange versprochenen umfassenden Wohnungsbauprogramms, damit nicht kostbare Zeit verloren ginge. In der Frage der preussischen Verordnung über die Herausnahme der gemeinschaftlich benutzten Räume aus den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes ließe die demokratische Reichstagsfraktion auf dem Standpunkt der demokratischen Preussischen Fraktion.

Dittagen im Landtag.

Der Hauptausfluß des Preussischen Landtages beriet am 26. Januar zunächst die Abstellmaßnahmen wegen der Sturmfluten an der Westküste Schleswig-Holsteins. Für die Deutsche Demokratische Fraktion betonte Abgeordneter Pösch die starke Ermittigung der Bevölkerung in dem Wüch nach einer Abdimmung der Eider möglichst zwischen Bollerwiek und Hundebüsch. Das Landwirtschaftsministerium sagte erfreulicherweise zu, einen Spezialkommissar mit den notwendigen Vorkenntnissen zu beauftragen.

Für den Aufstieg der Beamten.

Die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat die nachstehende „Kleine Anfrage“ eingebracht: Durch Gesetz vom 9. Juli sind die Mitglieder der Finanzämter und des Innern ermächtigt worden, auch Personen als Gehilfen zum höheren Verwaltungsdienst zu erklären, die auf Grund ihrer fachlichen Vorbildung und bisherigen Tätigkeit für die Stellung eines höheren Verwaltungsbeamten besonders geeignet erscheinen. Wie vielen solcher Personen ist bis jetzt die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst zuerkannt worden?

Nachprüfung der Beamtensituation.

Bei der Beratung des Haushalts für Versorgung und Ruhegehalt wurde zum Zentrum folgender Antrag gestellt: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, in eine baldige Nachprüfung der geltenden Bestimmungen über die Ruhegehaltsbezüge einzutreten. Insbesondere ist die Einführung einer Höchstbesoldung und die Erhöhung ihrer Nebenbezüge, weitestens bei den Empfängern höherer Pensionen, anzustreben.“

Dieser Antrag wurde in seiner ganzen Fassung mit den Stimmen der Zentrum, der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Die Demokraten haben mit dem übrigen Parteien gegen die Annahme des zweiten Teiles des Antrages, der auf eine Wiederbefragung der Pensionsfortzugsbestimmungen hinausläuft, gestimmt.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Rudolf Müllers, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Hilg. Jg.), Delitzsch.

Der vorausichtige neue Kaiser Regierungspräsident



Dr. Friedensburg, der bisherige Polizeivizepräsident von Berlin, soll zum Regierungspräsidenten von Kasel ernannt werden.

Ausschluß der Rechtsanwälte schon in der Regierungsorgane enthalten war und daß es sich um die Vorlage einer Regierung handelt, der die Deutsche Volkspartei angehört; die Vorlage trägt zwar nur die Unterschrift des dem Zentrum angehörenden Ministers Dr. Brauns, aber sie ist mit Billigung des Kabinetts einschließlich seiner drei völksparteilichen Minister eingebracht.

Bei den Demokraten war die überwiegende Mehrheit mit dem Ausschluß der Anwälte ebenfalls nicht einverstanden. Der demokratische Abgeordnete Dr. Kaschig brachte deshalb zusammen mit dem Volksparteiler Dr. Pfeffer bei der zweiten Beratung zu § 11 im Plenum einen Antrag ein, der die Zulassung der Anwälte grundsätzlich verlangte. Dieser Antrag ist aber im Sammelgespräch mit

Weiterbildung und Arbeitslosigkeit.

Im Württembergischen Landtag hat die Gewerkschaftssekretärin Frau Elie Geerhart mit Unterstützung der demokratischen Fraktion folgenden Antrag eingebracht, der einstimmig angenommen wurde:

„Das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Dieren 1927 zur Entlassung kommenden SchülerInnen in Lehr- und Anfangsstellen unterzubringen, deren Weiterbildung in geeigneter Weise voranzuführen.“

Reinhold spricht auf dem demokratischen Parteitag.

Der bisherige demokratische Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat sich bereit erklärt, auf dem nächsten Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der zu Ostern 1927 in Stuttgart stattfindet, ein programmatisches Referat zur Finanzpolitik zu übernehmen.

Die Deutsche Volkspartei und die Rechtsanwälte.

Unlauterer Wettbewerb.

Der Reichstagsabgeordnete Brodau (Dem.) teilt uns mit: Den Rechtsanwälten in Berlin ist dieser Tage folgendes Schreiben zugegangen:

„Wir beschreiben uns, Ihnen freundschaftlich mitzuteilen, daß der Berliner Reichstagsabgeordnete von Raumer (D. B. P.), sowie die Herren Abgeordneten Dr. Cahl (D. B. P.), Dr. Wunderlich (D. B. P.) u. a. gegen das vor kurzem im Reichstag angenommene Arbeitsgerichtsgesetz insbesondere aus dem Grund gestimmt haben, weil sie die Ausschaltung der Anwaltschaft für untragbar erachteten. — Deutsche Volkspartei, Berliner Arbeitsgemeinschaft.“

Die Deutsche Volkspartei hat nicht den geringsten Grund, aus ihrer Ablehnung zum Arbeitsgerichtsgesetz Kapital zu schlagen. Von ihren 51 Abgeordneten haben bei der Schlussabstimmung 16 gegen, 11 für das Gesetz gestimmt, und nicht weniger als 24 haben geschwiegen. Die Deutsche Volkspartei hat also, da man die 11 Votager von den 16 Vorklärern abziehen muß, im ganzen nur 5 Stimmen gegen das Gesetz in die Waagschale geworfen. Die Deutsche Volkspartei verzweifelt die wichtige Tatsache, daß der

Esders

BILLIGE FEBRUAR-TAGE



Sakko-Anzüge Mk. 12 ⁵⁰ 22 ⁵⁰ 33.— 39.—	Ulster und Paletots Mk. 16.— 27.— 39.— 47.—	Winter-Joppen Mk. 12 ⁵⁰ 17.— 24.— 29.—
Rock und Weste Mk. 25.— 50.— 75.—	Loden-Mäntel Mk. 15.— 19.— 26.— 39.—	Windjacken für Kaubot Mk. 6.— für Herren Mk. 7 ⁵⁰
Jünglings-Anzüge Mk. 11 ⁵⁰ 21 ⁵⁰ 30.— 36.—	Jünglings-Ulster Mk. 17.— 23.— 28.— 35.—	Kieler Mäntel Mk. 5 ⁴⁰ 6 ⁵⁰ 12.— 16.—
Kieler Anzüge Serie 1 Größe 1 Mk. 8.—	Ein Posten Schul-Anzüge Serie 2 für das Alter von 6 bis 10 Jahren Mk. 5.— 6.— 7.—	
Pilot-Hosen Mk. 2 ⁵⁰ 3 ⁹⁰ 4 ⁹⁰ 6 ⁹⁰	Manchester-Hosen Mk. 6 ⁵⁰ und Mk. 8.—	Blaue Jacken und Hosen je Mk. 1 ⁹⁰ 2 ⁵⁰ 3 ⁵⁰

Magdeburg Breiter Weg 45/47 Magdeburg

KAVAUMA

KRANKENKASSE DES
KAUFMÄNNISCHEN
VEREINS | GEGR. 1899

DIE BESTE
VERSICHERUNG
GEGEN
KRANKHEIT

Otto Wolters
Kölner Str. 18 Tel. 1190
Bürg. Gaststätte m. Fleischereibetr.
Geöffnet früh 7.30 Uhr

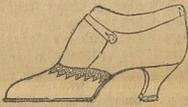
Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Demokraten!
Beteiligt Euch an dem
Stammtisch
jeden Dienstag ab 8 Uhr im
Hotel Weißer Bär.

Unser Inventur-Ausverkauf

dauert noch bis Donnerstag, den 10. d. Mts.,
und bietet Ihnen erstaunliche Vorteile.
Besichtigen Sie unsere Schaufenster-Auslagen.
Beka-Schuhgef. m. b. H., Breiteweg 155



Das
führende Spezialhaus
für Webereiwaren!

**Die
Qualitäts-
Marke!**

Unsere Preise sind billig!

Siegfried Cohn
Webereiwaren • Breiteweg 57/60

Freunde!
Werbt Leser!

Alle Drucksachen
liefert schnell, sauber und preiswert
Hugo Alpers, Delitzsch
(Bez. Halle), Buchdruckeri, Fernsprecher 466

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Thierackel.

Steigen Sie 2 Treppen, Sie sparen Geld!

Unser Inventur-Räumungs-Verkauf hat begonnen.

Um Platz zu schaffen, haben wir unsere Serie 20-30 Prozent herabgesetzt.

Herren-Anzüge	Mk. 19.50	24.00	34.50	und höher
Herren-Mäntel	Mk. 15.00	22.00	35.00	usw.
Winterjoppen	Mk. 10.00	14.00	17.00	22.00
1 Posten Herren-Hosen	Mk. 5.50			
1 Posten Windjacken	Mk. 5.50			

Die Sachen sind aus modernen Stoffen in guter Verarbeitung und tauglicher Bauform, im eigenen Betriebe hergestellt.
Seriene Westen, polsterd. -Hosen, Rd.-Mäntel u. Anzüge postbillig.

Wichtig! machen wir auf unsere Hochabteilung aufmerksam.

Wir liefern Anzüge und Mäntel in Gabardine, Twill, Melton, Genoiel und anderen modernen Stoffen nach Ihrem Maß unter Berücksichtigung Ihrer besonderen Wünsche in bester Kostentheilung.

Serie 1 58.00 besond. vorteilhaft dannschl. reinweiß. Chamois-Anzüge.	Serie 2 75.00 hierfür liefern wir auch reinw. Maßl. Kamm-Anzüge.	Serie 3 88.00 Hierhält. hierfür Kleidsch. -Anzüge Anzüge mit Brust.
--	---	--

Nach wenn Sie ausserordentlich kleinen Bedarf haben,
schneiden Sie die günstig. Gelegenheitswahl. Angegebene
Ware wird auf Wunsch referiert.

Aus Ihren eigenen Stoffen liefern wir Ihren Mantel oder Ihre
Hose zu 30, 35, 40 u. 45.00 inkl. Futter u. Gewand f. (einkl. 2 Stk.)

Max Heymann, Breiteweg 26
im Hause Optiker Ruhmk., gegenüber Schönheitsstraße.

Feinste frische
Oldenburger Tafelbutter
in Postpaketen zu den billigsten Tagespreisen direkt ab
Molkerei Althörden in Oldenburg.

Deutsche Einheit

Wochenchrift

Herausgegeben von Volkshilfer z. D. Graf Bernstorff
H. v. A. und Senator a. D. Dr. Stubmann
Verlags-Verlag G. m. b. H., Sonnenweg 11.
Bezugspreis: Vierteljährlich 5 RM.

Demokratischer Reichsbauerntag.

Wenn die Deutsche Demokratische Partei es unternommen hat, einen demokratischen Reichsbauerntag nach Braunshweig einzuberufen, so verfolgte sie dabei einen doppelten Zweck: sie wollte die berufenen Vertreter aus ihren Reihen zur Erörterung einer Reihe von wichtigen und drängenden Problemen zusammenführen. Sie wollte andererseits zeigen, wie wichtig sie die agrarischen Fragen einschätzt und wie bedeutsames und Eigenes sie dazu zu sagen hat.

Die Interessen der ländlichen Bevölkerung — auch heute noch ein Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung — sind vom alten Liberalismus nicht immer mit der ganzen Sorgfalt und Aufmerksamkeit erwohnt und berücksichtigt worden, die sie verdienen. Keine Gegenden unseres Reiches sind infolge dessen der Not überlassen worden, die nichts Besseres zu tun wußte, als Noterleichterungen für ihre eckelkräftigen Ziele dort einzurufen. Daneben aber hielt sich eine Reihe freibewirtschaftender, fortschrittlicher Volksschicht in anderen ländlichen Teilen Deutschlands, in Schleswig-Holstein, in Oldenburg, Ostpreußen, in Rheinpreußen. Ziel der Demokratie ist es, die demokratischen Traditionen, die dort leben, zu pflegen, sie aber in allen den Teilen wieder zu erwecken, wo sie nur verpöht sind, und an Ueberlieferungen anknüpfend neue Ziele für die neue Zeit zu setzen.

Dazu aber ist jetzt der richtige Augenblick gekommen. Das Landvolk wendet sich, enttäuscht vom Landbau ab, der nur eine Kulisie ist, aufgerichteter von Großagrariern zum Schutze der eigenen Interessen. Es will nicht zum Weiten einer Herrenschicht ausgenutzt, es will auch nicht als Vorspann für reaktionäre und monarchistische Zwecke verwandt werden. Da ist es Aufgabe der Demokraten, jammelnd und aufklärend zu wirken. Und Braunshweig war der richtige Ort für den ersten demokratischen Reichsbauerntag. Hier hat das Landvolk am eigenen Leibe gespürt, was Herrschaft der Extremen von rechts und links bedeutet. Hier hat es nach zweijähriger Landunruhe erfahren, daß das Wort von der Solidarität aller landwirtschaftlichen Interessen eine Phrase ist, erfinden von Großgrundbesitz, um die vielen einzeln zum Ausgen zu werden.

Die starke Notwendigkeit, die die demokratische Bauernleitung in Braunshweig fand, bestärkt die Hoffnungen derer, die an neue Strömungen in der deutschen Bauernschaft glauben. Mehr als 200 Delegierte, auch aus den entferntesten Gegenden des Reiches, waren erschienen. Einmütigkeit herrschte in allen großen Fragen: Siedlung, Pacht, Steuerpolitik und Zollpolitik, die die Hauptthemen der Tagung waren. Es fanden klärende Debatten statt über die Einzelheiten, so über das Problem, wie weit die Siedlung durch Güterverkauf ohne das Zwangsmittel der Enteignung gefördert werden kann, Debatten darüber, wo die Durchführung des Pachtgesetzes zu einer Aufhebung bäuerlichen Privateigentums führt. Sie werden auch für die Zukunft noch von Bedeutung sein. Erfreulich war die Einmütigkeit, mit der Zollfragen aus der landwirtschaftlichen Fertigkeit der Verarbeitung von Butter, Gemüse, Öl, Wein, Tabak, Eier) gefördert wurde unter Ablehnung der verwerflichen Jolle auf Futtermittel und Rohstoffe. Bedenklich war weiter die immer wiederkehrende Unterbrechung der Möglichkeit des ländlichen Bildungswesens.

Die demokratischen Bauern rufen mit dieser Tagung weit ins deutsche Land. Sie mahnen das Landvolk zur Einheit, sie fordern zugleich Verwirklichung ihrer Ziele in der Republik. Die Republik braucht eine große und freie Bauernschaft, aber die Bauern brauchen auch einen freien republikanischen Volkstaat. Beide gehören zusammen. Der demokratische Reichsbauerntag will dazu beitragen, daß sie sich finden.

„Bauernpolitik in der deutschen Republik.“

Nach der Tagung der landwirtschaftlichen Delegierten der Deutschen Demokratischen Partei fand am Sonntag, den 30. Januar, in Braunshweig eine eindrucksvolle große Kundgebung unter dem Zeichen „Bauernpolitik in der deutschen Republik“ statt. Die Leitung der Kundgebung lag in den Händen des preußischen Landtagsabgeordneten Wachsmuth. Ueber das Thema „Land für den deutschen Bauern“ sprachen Staatsminister a. D. Hannenburg, M. d. A., der die Siedlungsfragen behandelte und Regierungslandmesser Meinde, M. d. L., der sich mit den Pachtfragen auseinandersetzte. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Künneberg führte u. a. aus:

Die deutsche Agrarpolitik muß endlich deutsche Bauernpolitik werden. Denn muß die Bodenbesitzverteilung entsprechen. Nach der Betriebsverteilung von 1907 sind nur 0,4 Prozent Betriebe Großgrundbetriebe, aber sie umfassen 22,2 Prozent des Bodens; 4,77 Prozent sind Mittel- und großbäuerliche Betriebe (80—400 Morgen) mit 29,3 Prozent des Bodens; 94,83 Prozent sind Klein- und quergebäuerliche Betriebe mit nur 48,5 Prozent des Bodens! Wir müssen zu einer geordneten Wiedergewinnung der Bodenbesitzverhältnisse kommen. Die heutige Besitzverteilung ist ent-

standen durch das rücksichtslose Bauernlegen des Großgrundbesitzes im 18. und 19. Jahrhundert. Das Reichsbesiedlungsgesetz sollte durch Neu- und Anliegersiedlung die Fläche des deutschen Großgrundbesitzes um rund ein Drittel verkleinern, Moor- und Weidland kultivieren, Staatsland zu einem nennenswerten Teil in bäuerlichen Besitz überführen.

Finanzielle Schwierigkeiten, wachsender Widerstand des Großgrundbesitzes, bürokratische Hemmnisse haben nur klägliche Ergebnisse bezogen. Dabei sind weite Teile deutschen Bodens äußerst schwach bewirtschaftet, besonders im Osten. Wo der Großgrundbesitz herrscht, wird das Land misswirtschaftet. Die östlichen Grenzprovinzen haben seit Jahren rücksichtslos Bauernpolitik, Aufteilung des landwirtschaftlichen Großbesitzes an die Bauern betrieben.

Das deutsche Ostland kann auf die Dauer nur durch dichte Besiedlung mit deutschen Bauern gegen das andringende Slaventum gehalten werden. Mit dem Pflug allein kann deutsches Neuland gewonnen werden. Ueber den nationalen Besitz eines Landes entscheidet auf die Dauer nicht die Oberfläche, sondern die Masse des Landvolkes. Der Bauer haftet am festesten am Boden, weil er am stärksten darin verwurzelt ist.

Auch Rücksicht auf unsere Bevölkerungspolitik zwingt uns zur Stärkung des Bauerntums. Aus dem Landvolk heraus wird sich unser Volk verjüngen, keine in den Großstädten verbrauchte Volkstrait wieder ersehen.

Die gewaltige Arbeitslosigkeit mit ihren auf die Dauer untragbaren Lasten der Erwerbslosensicherung, zwingt uns, die fortwährende Vermehrung des Erwerbslosens durch Zuwanderung von Lande zu verhindern. Nur so können wir auch der Wohnungsnot endlich bestimmen.

Es ist unerträglich, daß bei einer Millionenziffer von deutschen Arbeitslosen nur Hunderttausende von politischen Arbeitsträgern durch den Großgrundbesitz ins Land gezogen werden!

Wenn wir jährlich 10 000 neue Bauernstellen schaffen, kann die Schlüsselindustrie des Bauergewerbes eine starke Belebung erfahren. Der Bedarf an Wirtschaftsgütern und Haushaltungsgeräten und anderen Bedarfsgegenständen wird Handel und Wandel beleben.

Eine Belebung des Bauerntums bedeutet Stärkung der Kaufkraft des deutschen Binnenmarktes. Um unsere Handelsbilanz zu aktivieren, müssen wir die Einfuhr von selbstverfügbaren Bodenprodukten vermindern.

Die starke Verschuldung des Großgrundbesitzes zwingt ihn zur Abgabe von Land, um intensiver wirtschaften zu können. In unseren nachgeborenen Bauernhöfen, Häusern, Feuer- und Anstellten, in unseren Landarbeitern, in vielen Industrie-erwerbslosen, die aus der Landwirtschaft stammen, haben wir ein Heer von gesunden Bodenarbeitern, denen heute der Weg zum lokalen Wirtschaft, zur Möglichkeit, zur eigenen Scholle zu kommen, fehlt. Wir wollen diese wertvollen Teile unseres Volkstums nicht im In- oder Auslande verlieren lassen. Sie müssen die Möglichkeit zur Bodenbesitzverteilung bekommen.

Darum steht die D. D. P. seit Jahren im Kampfe für eine Veränderung der Bodenbesitzverteilung zu Gunsten des Bauerntums. Sie hat das Reichsbesiedlungsgesetz von 1923, um die aus den verlorenen Gebieten verdrängten deutschen Bauern wieder in der Heimat erziehen zu können.

Sie kämpft für eine Veränderung des Reichsbesiedlungsgesetzes: abgeändertes Siedlungsverfahren; Vereinfachung der Landbesitzverteilung; das vom Großgrundbesitz abgehende Land muß befristet werden nach der Selbstbesitzverteilung zur Steuerentlastung; Abgabe von Staatsland zur Bauernsiedlung; Schaffung von Landarbeitern- und Handwerkerbesiedlung; Vereinfachung der Siedlungsfrage durch künftige Weidland, weil sie bisher eine energiereiche Weidlandkultur verhindert hat; Anliegersiedler, die auf Kreditland angelegt sind, müssen auf ihren Antrag dieses Land als Eigentum erwerben können.

Die bisherigen demokratischen Überlegungsanträge zum Reichsbesiedlungsgesetz sind abgelehnt. Sie werden durchgehelt werden können, wenn die Bauernschaft selbst den stärksten Druck zur Lösung der Landfrage ausübt. Die Bauern selbst müssen die treibende Kraft für eine Veränderung der Bodenbesitzverteilung werden. Es geht um ihre eigene Sache.

Die Siedlung muß vom Reiches auch finanziell gefördert werden. Die Auslösung einer großen Anzahl mit Verbilligung der Zinsen durch Reichsschulden ist einfach zu treiben. Die bisherigen Reichsmittel genügen nicht. Es muß ein Reichsbauernkreditinstitut in Verbindung mit den beteiligten Siedlungslandes muß so gehalten sein, daß der Siedler zuplatzen kann. Die Schlüsselindustrien müssen endlich erziehungsbereit gemacht werden.

Jetzt ist genug verdrückt im Kampfe gegen den widerstandstrotzenden Großgrundbesitz; um Zuständigkeitsfragen und Reichsbesiedlungsgesetz; gegen Bürokratie und Hebelwollen.

Die deutsche Bauernschaft muß mit der Deutschen Demokratischen Partei den Kampf führen für die Aufgabe: Land und damit Selbstständigkeit für den deutschen Bauern!

Der preußische Landtagsabgeordnete Meinde behandelte eingehend die Förderung der Pächter und erklärte u. a.: Nicht allein die Inflation, sondern vielmehr die Staatsumwälzung war es in erster Linie, die das sehr abhängige, auf Pacht angewiesene Landvolk ermüdete, eine Verbesserung der Pachtrechte zu fordern. Zur Arbeit bei dem Pächter

verpflichtete arme Kleinbauern aus der alten Grafschaft Rietberg in Westfalen kamen in den Reichstag und baten um Hilfe gegen ihren Pächter, den Besitzer der Grafschaft, die er im Anfang des vorigen Jahrhunderts von einem altösterreichischen Grafen gekauft hatte. Bei dem damaligen Verlauf der untragbaren Pachtbedingungen aus. Daraufhin kam 1920 ein auf zwei Jahre befristetes Gesetz zustande, wonach die Kleinpächter und die zur Arbeit verpflichteten bäuerlichen Pächter gegen Kündigung und die Festsetzung gerechter Pachtpreise erreicht werden sollte. 1922 wurde das Gesetz auf Betreiben der inzwischen entstandenen Kleinbauernorganisationen bis auf die selbständige Uebernahme bis 10 Hektar erweitert und auch sonst verbessert. Dies bis 1924 befristete Gesetz wurde aber leider unter der Herrschaft der Notverordnung im Frühjahr 1924 in seinem wesentlichen Kern eingeschränkt. In heftigen Kampfe gelang es, im Sommer 1925 unter besonderer Unterstützung der Demokratischen Partei eine neue wesentlich verbesserte Pachtgesetzordnung auf weitere zwei Jahre durchzusetzen.

Trotzdem allenthalben und zu jeder Zeit die lebhaftesten Klagen über die Notlage der Landwirtschaft in der Presse und vor allen Dingen in den Parlamenten erhoben werden, so versuchen auch heute noch die Pächter, ihre Pächter zu künftigen, um die Pachtpreise zu erhöhen. Es ist darum eine Staatsnotwendigkeit, die Pachtgesetzordnung weiterhin zu verlängern und in den nächsten Jahren ein Pachtgesetz zu schaffen, das den ländlichen Pächter zur ungeschützten Pacht und zur Anwendung aller wirtschaftlichen Fortschritte befähigt. Bei dieser Regelung wird auch vor allen Dingen der vielen tausend alleinstehenden Pächterfamilien in besonderer Weise zu gedenken sein, deren Pachtverhältnisse lediglich die Ueberbleibsel früherer Feudalzeit sind.

Erfreulich ist es, daß die Erkenntnis dieser Notwendigkeit immer weitere Kreise ergreift, und daß z. B. heute auch die Deutsche Volkspartei im Braunschweig den Gang der gleichen Forderungen zu eigen gemacht hat. Auch der Reichsfinanzminister Brauns hat sich neulich im Reichstage in gleichem Sinne für eine Reform ausgesprochen, die fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe Deutschlands in geordnete Verhältnisse bringen wird.

Ueber das Thema

„Erziehungsfragen des deutschen Bauern“

sprachen denn weiter noch Ministerpräsident a. D. Langen, Mitglied des Oldenburgischen Landtages, der sich mit den Zollfragen auseinandersetzte, sowie Staatsminister a. D. Dietrich, Mitglied des Reichstages, der die Steuerfragen behandelte.

Ministerpräsident a. D. Langen wies in seinem Referat darauf hin, daß Zollfragen in Deutschland von jeher stark umstritten waren:

Jolle auf Agrarprodukte wurden von der deutschen Landwirtschaft so lange bekämpft, wie Agrarprodukte aus Deutschland exportiert wurden. Bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein war das der Fall. Erst Ende der 70er Jahre kam der erste Getreidezoll, der dann bis vor dem Kriege unter schweren Kämpfen immer weiter erhöht wurde bis auf den Satz von 50 Mark die Tonne. In den Jahrzehnten vor dem Kriege wuchs sich die Unmöglichkeit der ganzen deutschen Wirtschaft, es erwiderte sich die Exportindustrie. Kämpfe um Zollfragen, um Wirtschaftsfreiheit beherrschten mehr und mehr die Zeit. Der Staat und die Volkswirtschaft wurden von den Wirtschaftskräften zur Vertretung ihrer Interessen benützt. Weltlich ideale Fragen traten immer mehr zurück. Eine vom Parlament unabhängige Regierung konnte zu weitgehenden Wünschen überhand genommen. Heute ist die Regierung von der Parlamentarität abhängig und abhängig. Umso wichtiger ist es, dem Volke Auffassung zu bringen, daß es Vertreter ins Parlament schickt, die nicht mit irgendeiner Bindung für die Interessen einzelner Gruppen zu sorgen ins Parlament gehen, sondern wahrhaft erfüllt sind von der Pflicht, für das Gesamtinteresse des Volkes zu arbeiten. Das Gesamtinteresse des Volkes wird immer nur von der großen Mehrheit sein. Alle Zollfragen werden Interessen fördern, andere Interessen verletzen. Es kommt darauf an, die Zollregelung so zu gestalten, daß sie möglichst das Interesse weiter Volkstriebe fördert und nur geringe Teile schädigt. Zollfragen sind nicht losgelöst aus dem Gesamtkomplex der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu denken. Weder sind einseitig Jolle für einen Berufsstand innerwirtschaftlich denkbar, die alle anderen Berufsstände schädigen, noch ist es möglich — von Deutschland aus gehen — die Zollfragen losgelöst von der Stellung anderer Länder dazu zu betrachten. Daher auch die Schwierigkeiten, zum Abschluss langfristiger Handelsverträge mit bindender Zollregelung und der Selbstbegünstigungszustand zu gelangen. Wir brauchen aber solche Handelsverträge, wie andere Länder sie brauchen. Gegenwärtiges wirtschaftliches Verhältnis ist nötig, nicht wie beim Handelsverträge zwischen den Unterpächtern beim Abschluss von Handelsverträgen sich beschließen. Jeder weiß doch von anderen, was für sein Land wichtig ist, auch wenn er es zu verdecken sucht. Mit offenen Gründen arbeiten ist das Richtige. Die Agrarjolle betreffen nicht nur die ganzen Konsumenten, die sie, vom Verbrauchersstandpunkt aus ge-

sehen, ablehnen müssen, sie berühren nicht nur die Exportindustrie, welche umso weniger Zukunftsaussicht für den Export ihrer Produkte in diejenigen Länder, die uns Agrarprodukte liefern wollen, bekommen, je höher die Zölle auf Agrarprodukte von uns gesetzt werden, sondern sie treffen vor allem auch das ganz verschiedenartig gelagerte Interesse der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten und Größen selbst. Deutschland ist kein Staat, der, für sich allein auf der Welt gesehen, seine Bevölkerung ernähren, wirtschaftlich und kulturell heben könnte. Es ist daher in einer anderen Lage als die Kontinente Amerika und Asien, in derselben Lage wie alle Länder Westeuropas. Ein Land, dessen Bevölkerung von der Arbeit durch Bereidung von Rohstoffen in weitgehendem Umfange leben muß, wird daher vor allem darauf bedacht sein müssen, die Rohstoffe, soweit es sie selbst nicht herstellen kann, zu möglichst billigen Preisen zu importieren, damit die weltwirtschaftliche Konkurrenz mit dem Fertigfabrikat möglich ist. Deshalb verlangen wir zollfreie Einfuhr aller Rohstoffe für die Industrie: Eisen, Kohlen, Kupfer, Baumwolle, Wolle, Gummi usw. und für die Landwirtschaft die zollfreie Einfuhr der Rohstoffe, d. h. des Getreides. Der Brotgetreidezoll muß abgebaut werden. Bei den heutigen Weltmarktpreisen für Roggen und Weizen ist ein Zoll von 50 Mark nicht berechtigt. Langfristige Handelsverträge mit einem wesentlichen niedrigeren Zoll für Brotgetreide würden dem Gesamtinteresse am nächsten kommen, auch den Interessen derjenigen Kreise Rechnung tragen, die heute Brotgetreide verkaufen und sich durch Intensivierung ihres Betriebes und teilweise Umstellung desselben in langamer Entwicklung auf die Weltkonkurrenz ohne Zollschutz mit dem Brotgetreide erzeugenden Ländern einstellen müssen. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß in allen Brotgetreide erzeugenden Ländern die Produktion billiger sei als in Deutschland.

Der Abbau der Brotgetreidezölle würde dazu führen, daß diejenigen Großbetriebe, welche ohne Zölle ihren Betrieb im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art nicht aufrecht erhalten können, entweder intensiver wirtschaften oder Land abgeben müssen für bäuerliche Siedlungswecke. Hohe Brotgetreidepreise und Zölle mehrten und füllten den Bauernstand. Hier liegt der Kerngedanke. Die große Masse der in Deutschland in der Landwirtschaft tätigen Bauernbevolkerung ist nicht an der Getreideerzeugung interessiert, sondern lebt von der Bereidung der Bodenprodukte: Getreide, Kartoffeln, Rauschtabak usw. Dabei ist für diese große Masse des Bauernstandes der Abbau der Brotgetreidezölle kein Schaden, die Beschaffung der Futtermittelstoffe aber ein großer Nachteil. Daher verlangen wir die Beseitigung der Futtermittelzölle, insbesondere der Futtermittel- und Maiszölle, die heute jeden Zentner dieser Futtermittel um 1 Mark bzw. 1,60 Mark verteuern. Bei den heutigen hohen Weltmarktpreisen sind die Zölle ganz unerschwinglich. Dabei zeigt sich schon jetzt, daß der deutsche Bauernstand in der Lage ist, wenn die Rohstoffe in genügender Menge billig zur Einfuhr gelangen, und die Produktivität seines Betriebes dadurch gesteigert wird, alle tierischen Erzeugnisse, die das deutsche Volk braucht, herzustellen und noch für die Ausfuhr Mengen zur Verfügung stellen. Hüfner, Eier, Schweine, Milch, Butter, Mägen, Pferde, alles ist in Deutschland für das gesamte deutsche Volk in reichen Mengen herzustellen und Ausfuhrüberschüsse nicht möglich. Der Schutz der tierischen Produktion, also der Bauernarbeit, ist nötig durch Schutzmaßnahmen an den Grenzen und durch eine ausreichende Verbilligung aller tierischen Produkte aus dem Ausland. Die Zölle von heute erreichen nicht einmal die Höhe des Zollschutzes, der für Getreide und Futtermittel gewährt ist. Heute wird die bäuerliche Arbeit gegenüber den Großgrundbesitzerinteressen zurückgestellt. Der Bauer hat schwer zu leiden unter der Auslandskonkurrenz.

Wir verlangen aber nicht nur einen dem Getreidezoll gleichen, sondern einen höheren Schutz, da bäuerliche Arbeit für das deutsche Volk nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sozialer und kultureller Beziehung von großer, ja entscheidendem Zukunftswert ist, während die Wirtschaftsergebnisse und das soziale und kulturelle Leben des Großgrundbesitzes für Deutschland eher eine Gefahr als eine Notwendigkeit ist.

Schutz der deutschen Arbeit lautet unsere Forderung. Dazu Beseitigung der Zölle auf Rohstoffe und ausreichender Zollschutz für bäuerliche Arbeit.

Reichstagsabgeordneter Dietrich Baden würdigte sodann Steuerfragen. Der deutsche Steuerbedarf, so erklärte er, ist nicht mehr wie vor dem Kriege allein bestimmt durch die laufenden Bedürfnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden für ihre Verwaltung, für ihre Verteidigung und für die Bezahlung ihrer Schulden, sondern es sind drei Faktoren hinzugekommen, die heute eine entscheidende Bedeutung haben. Es sind das

1. Renten und Pensionen, die an die Kriegsveteranen zu zahlen sind,
2. Reparationsleistungen und
3. die Aufwendungen zur Abämpfung der Erwerbslosigkeit.

Seit der Verhängung der Besatzung der Erwerbslosigkeit Hunderte und Aberhunderte von Millionen, sind doch allein im Etat des Reichsministeriums 380 Millionen eingestellt, wozu noch die Leistungen der Länder, der Gemeinden und die Zuschläge zur Krankenversicherung kommen. An Renten und Pensionen aber werden das Reich rund 1½ Milliarden ausbezahlt. Die Zahlung der Reparationslasten erfordert schon im diesjährigen Etat rund 18 Milliarden. Es ist aber zu bedauern, daß die großen Anforderungen, soweit sie die Steuerkraft des deutschen Staatsbürgers direkt beanspruchen, erst am 1. September d. J. beginnen. Von da ab bis zum 1. September 1928 sind 500 Millionen aus Steuermitteln und vom 1. September 1928 ab 1250 Millionen aus Steuermitteln zu zahlen, zu denen bekanntlich dann noch eine Leistung der Eisenbahn mit 850 Millionen und eine Leistung der Post mit 300 Millionen pro Jahr hinzukommt. Es muß daher mit Ernst der Tatsache ins Bewußtsein gebracht werden, daß wir, solange wir an den Kriegsschulden zu tragen und zu zahlen haben, in Deutschland schwere Steuerlasten schleppen müssen, in die sich Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel teilen müssen.

Nun ist allmählich auch den besorgten Gegnern der Landwirtschaft klar geworden nicht nur, daß dieselbe in Deutschland unter keineswegs günstigen Verhältnissen lebt, nicht nur, daß die Zollpolitik der vergangenen Jahre viel mehr den Interessen der Industrie als der Landwirtschaft diene, sondern vor allem, daß die Landwirtschaft von allen Erwerbsgruppen die am wenigsten leistungsfähige ist. Dabei ist aber ihre Erhaltung die größte staatliche Notwendigkeit. Und wenn wir gar den Weg gingen, den England gegangen ist, die Landwirtschaft zerfallen zu lassen, dann würden wir die Erwerbslosigkeit nie losbekommen. Die steuerliche Belastung des Klein- und Mittelbetriebes ist nicht nur eine außerordentlich hohe, sie ist auch eine kompliziertere, eine ungleichmäßigere, um nicht zu sagen ungerechte, jedoch Reformen dringend geboten sind. Nichts heißt der Landmann mehr als unfaire und unübersichtliche Verhältnisse. Der verlorene Krieg hat uns gezwungen, eine so unnormale Steuer einzuführen, wie die Umsatzsteuer, die gewiss zum Beschwindeln bestimmt ist, von der man aber nicht weiß, wann sie verschwindet. Die Grundsteuer und die ihr in den Städten entsprechende Gewerbesteuer war vor dem Kriege schon vielfach verschunden und in der Vermögenssteuer aufgegangen. Es muß daher in erster Linie der Kauf erhoben werden: Baldige Beseitigung der Umsatzsteuer, Rückkehr zum Wertsteuersystem, das zum Einkommen- und Vermögenssteuer, aber keine Grundsteuern erhoben werden. Dann können Länder und Gemeinden zu diesen beiden Steuern Zuschläge erheben, und die Ueberichtigkeitssteuern des Steuerwesens gewinnt ganz gewaltig. Nun kommt aber die große Ungerechtigkeit: der Kampf zwischen dem Großbetrieb, der auch die Steuer und dem Kleinbetrieb, der keine Bürger führt. Eine Bauernorganisation hat diese Beschwerde auf den Gang gebracht: Es wird immer Bauer geben, die Bürger führen, und solche, die Steuern zahlen. Kein: dieser Satz muß verschwinden, und es muß dahin kommen, daß die Landwirtschaft gleichmäßig zu den Steuern herangezogen wird, und nicht der Kleine zahlt, während der Große entlastet ist. Der Weg ist von unseren Freunden vorgezeigt. Er geht nach der Richtung, daß der landwirtschaftliche Besitz nach seiner Ertragsmöglichkeit abgesehen und dementsprechend zur Einkommen- und Vermögenssteuer veranlagt wird. Der Redner verwies dann darauf, daß es einem Antrag der Demokraten zu verstanden war, daß bis zu 10000 Mark der Eigenverbrauch im landwirtschaftlichen Haushalt umsatzsteuerfrei geworden ist. Sodann ist die große Ungerechtigkeit der Schließenden Einkommensteuer, wonach für die im Betriebe mitarbeitenden Familienangehörigen besondere Zuläge zum Einkommen und damit zur Steuer gemacht wurden, von demselben demokratischen Finanzminister auf Betreiben der Demokratischen Fraktion insoweit geändert worden, als diese Zulage auf die Hälfte herabgesetzt worden sind. Der Bauer will gewiß an den Lasten des Staates teilnehmen, aber er verlangt eine Steuerpolitik, die er versteht und die gerecht ist.

Entscheidungen:

Einstimmige Annahme fanden darauf folgende Entscheidungen:

Zur Siedlungsfrage:
Der Reichsbauernrat der Deutschen Demokratischen Partei fordert:

1. deutsches Land für deutsche Bauern,
2. planmäßige Wehrung und Stärkung des Bauernums durch Veräußerung von privatem und staatlichem Großgrundbesitz,
3. die landwirtschaftliche Neu- und Antiegründung muß endlich unter Mitwirkung des Reiches über den Widerstand des Großgrundbesitzes und aller bürokratischen Hemmnisse hinweg energisch durchgeführt werden. Für die überschüssige Bauernkraft aus West-, Mittel- und Süddeutschland muß Raum geschaffen werden im deutschen Osten und Norden,
4. grundlegende Änderungen des Reichsfinanzgesetzes, Fortschritt der Verbilligerungsverträge, wesentliche Abstützung des Finanzengagements, Landabgabe nach dem Steuerwert, Fortschritt der Speerfrist für Debland, Siedlungsstellen auch für Handwerker und Landarbeiter,
5. Schaffung von Vorkrediten durch Reich und Länder,
6. Sicherung der bisher angelegten und nicht erstzunehmigen Siedlungs- und Umsiedlungsstellen.

Eine Entscheidung zur Pachfrage

Das Pachtrecht ist so auszuhalten, daß langfristige Pachtverträge die Regel bilden. Abgelaufene Pachtverträge sind nach Möglichkeit unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen des Pächters und des Vorkapitels zu verlängern. Einzelbestimmungen in Pachtverträgen, die den guten Sitten widersprechen, sind unzulässig. Die Vereinbarung von Normalpachtverträgen ist anzustreben. Die aus gutsherzlicher Abhängigkeit entstandenen Pachtverträge (s. B. Generations- und Zeitspächte) sind in Mietverpacht oder gegen Zahlung von Abfindungsgeld in Eigentum zu verandern. Das gleiche gilt für diejenigen Pachtverträge, die vom Pächter oder seinen Vorfahren ganz oder zum wesentlichen Teil urbar gemacht worden sind. Bei der Abgabe von Pachtland, das dem Staat den kommunalen oder sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts gehört, sind die landbedürftigen Kleinbetriebe in erster Linie zu berücksichtigen. Die Abgabe ist lediglich nach Landbedürfnis unter Festlegung eines normalen Pachtpreises zu regeln. Geplante pachtfreie Staatsdomänen sind nach Beschaffung der Gebäude an bäuerliche Pächter anstatt an Großpächter abzugeben. Darum ist die am 30. September 1927 ablaufende Pachtvertragsreform auf zwei Jahre zu verlängern und möglichst bald eine gesetzliche Reform des Pachtrechtes herbeizuführen.

Die Entscheidung zur Zollfrage

Die zur Handgebung in Braunschweig zahlreich versammelten Bauern und Bürger richteten die Aufforderung an die Reichsregierung und an alle Parteien des Reichstages, nur eine Zollpolitik zu unterstützen, welche Höchst-

erträge aus deutschem Boden fördert, die Arbeitsgelegenheit in Landwirtschaft und Industrie mehr und zur Wahrung aller Kräfte treibt. Das ist eine Zollpolitik, welche landwirtschaftliche und industrielle Erwerbsarbeit von den Zöllen auf Rohstoffe befreit, Seidenzucht und für Fertigfabrikate Zölle verlangt, welche der Auslandskonkurrenz entgegen sind, also Abbau der Brotgetreide- und Futtermittelzölle, dagegen Zollschutz für Produkte der bäuerlichen und gärtnerischen Berufsarbeit.

Die Entscheidung zur Steuerfrage

Die gegenwärtige Handhabung der Einkommensteuer und die Bemerkung der landwirtschaftlichen Betriebe auf die Vermögenssteuer benehaglichen den mittleren und kleinen Bauer außerordentlich gegenüber dem Großgrundbesitz. Die Einheitsbemerkung des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens eignet sich in ihrer jetzigen Form nicht als Grundlage für die unumgängliche notwendige Abänderung der Besteuerung der Landwirtschaft. Der Bauernrat fordert die Schaffung einer einzigen gerechten landwirtschaftlichen Steuer, welche sich bezieht nach der landwirtschaftlichen Fläche und deren Ertragsfähigkeit, gemessen an der Bodenqualität, Verlegetage und Abhängigkeit.

Darauf richtete Oberbürgermeister Köhler Berlin Begründungsorte an die Verammlung. Er betonte, daß es einen Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht geben dürfe, beide seien aufeinander angewiesen. Er erinnerte daran, daß immer noch Tausende vom Lande in die Großstadt wandern. Das Ziel liege aber nicht in der Großstadt, sondern auf dem Lande. Diese Abwanderung würde längst nicht so stark sein, wenn rechtzeitig die von den Demokraten geforderte Siedlungspolitik durchgeführt worden wäre. Stadt und Land müßten zusammenarbeiten, was das gemeinsame Ziel zu erreichen: Wiederherstellung der Volkskraft, Wiederbelebung der Wirtschaft auf dem Lande und in der Stadt. (Beifall.)

Abgeordneter Königsberg wandte sich gegen einige Angriffe des Landbesitzes. Aus dem ganzen bäuerlichen Verhalten des Landbesitzes zeige sich die Furcht und Sorge vor der demokratischen Auffassungsarbeit auf dem Lande. Der Landbesitz werde zu dieser Frage künftig noch weit mehr Gelegenheit haben. Der Bauer müsse um seine eigene Sache kämpfen und sich gegen den alten Herrengeist, von den Nachfahren bereit, gegen die einmaligen seine Vorjahren im Bauernrechte aufgeben, um ihre Freiheit zu erlangen. (Leb. Beifall.)

In seinem Schlusswort stellte der Parteivorstand Reichsminister a. D. Koch, so kürzlich dem Reichstag begrüßt, fest, daß es in diesen Tagen in Berlin gait, deutschnationale Minister zu republikanischen unparlamentarischen, monarchistischen schwarzrotgold anzuludieren. Der Vat werde aber nicht dauernd halten, und die Vorkrieger werde das deutsche Volk sein. Es sei ein befängender Zustand, so erklärte der Redner weiter, wenn deutsche Bauern ohne nach Kanada auszuwandern, an dort ein Stückchen Land zu bekommen, das ihnen in Deutschland verweigert wird. Es müsse für Stärkung des deutschen Bauernlandes georgt werden.

Es wird in Deutschland erzt gut werden, wenn Bauerngut an Bauerngut vom Rhein bis an die russische Grenze reiche. (Stürmischer Beifall.)

Die Deutsche Demokratische Partei, Bezirksverband Magdeburg-Anhalt hatte zur Tagung in Braunschweig Vertreter aus Magdeburg, Halberstadt, Gr. Ammenleben, Kl. Ammenleben, Odersleben und der Ulmark entsandt. An der Debatte beteiligten sich u. a. Landtagsabgeordneter Dr. Bohner und Landwirt Proch.

Die demokratischen Bauern und das ländliche Fortbildungsschulwesen.

Am Schluß des so erfolgreichen demokratischen Reichsbauernrates fand eine fast beachtete Sitzung statt, in der die Frage des ländlichen Fortbildungsschulwesens ausführlich erörtert wurde. Die Sitzung wurde geleitet vom demokratischen Landtagsabgeordneten Meinde. Als erster Referent sprach Lehrer S. in r. h. s aus Marienfele (Westpreußen). Der Redner erhob die nachfolgenden Forderungen, die in Form einer Entscheidung niedergelegt wurden:

Die anlässlich des Reichsbauernrates am 29.-30. Januar 1927 in Braunschweig tagende Verammlung von Interessenten der ländlichen Fortbildungsschule fordert aus Gründen des wirtschaftlichen und sittlichen Wiederaufbaues die größtmögliche Förderung des ländlichen Fortbildungsschulwesens, das der beruflichen Ausbildung der heranwachsenden männlichen und weiblichen Bevölkerung nach Möglichkeit dienen soll.

Das ländliche Fortbildungsschulwesen ist lediglich dem Landwirtschaftsministerium zu unterstellen. Anzustreben ist mit tunlichster Beschleunigung ein Bewusstseinsgesetz, das die in der Verfassung verankerte allgemeine Pflichtfortbildungsschule bederlei Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahr vorschreibt. Bis zur Erreichung dieses Einzelpunktes ist die ländliche Fortbildungsschule selbstbestimmt auszubauen.

Dazu erscheint notwendig:

- a) daß die Unterrichtszeit vermehrt, das Unterrichtsziel erweitert wird,
- b) daß nur interessierte und vollbefähigte Lehrkräfte in der ländlichen Fortbildungsschule verwendet werden,
- c) daß vor allen Dingen für die Konzeptionsinstanz sofort und für die Kreisinstanz mit tunlichster Beschleunigung eine für die ländliche Fortbildungsschule eigene Schulaufsichtsstelle geschaffen wird.

Als zweiter Referent sprach dann Regierungs- und Schulrat Buchholz Magdeburg, ebenso wie der erste Referent ein Fachmann in der Frage des ländlichen Fortbildungsschulwesens in der Frage des ländlichen Fortbildungsschulwesens vor.

1. Gemäß Artikel 145 der Reichsverfassung hat sich auf der achtjährigen Volksschule die Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahr aufzubauen. Um unserer Landjugend willen muß im Bereich des Preussischen Gesetzes, be-

Gruppenaufnahme des neuen Kabinetts nach seiner ersten Sitzung.



Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx fand im Reichskanzlerpalast, Wilhelmstraße die erste Sitzung des neuen Kabinetts statt.

Von links nach rechts stehend:
 Arbeitsminister Dr. Brauns (Ztr.)
 Außenminister Dr. Stresemann (D. V. P.)
 Reichskanzler u. besetztes Gebiet Dr. Marx (Ztr.)
 Justizminister und Vizekanzler Hergt (Dntl.)
 Wehrminister Dr. Gessler (ohne Partei)

Von links nach rechts stehend:
 Verkehrsminister Dr. h. c. Koch-Düffeldorf (Dntl.)
 Innenminister Dr. v. Kuebel (Dntl.)
 Finanzminister Dr. K. H. Müller (Ztr.)
 Ernährung- u. Landwirtschaftsminister Gschle (Dntl.)
 Wirtschaftsminister Dr. Curtius (D. V. P.)

Bei diesem Abbau lehnt die Wirtschaftspartei aber Experimente nach dem Rezept Dr. Gieseler ab. Deshalb be kämpft sie den von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum unterfütterten Antrag der Deutschen Nationalen, welcher zunächst die Gewerbetreibenden aus der Zwangsversicherung herausnehmen (— ein völlig unverständlicher Passus sei weggelassen —) will.

Die Wirtschaftspartei hat durch ihren berufenen Vertreter im Landtag den Grundbesitzerführer Ladendorff erklären lassen, daß der Grundbesitz genug von allen Zwangs- und Ausnahmegeboten hat, daß er auf unnütze bestehende Ausnahmegebote nicht neue Ausnahmebestimmungen zu Lasten eines Standes aufheben wünscht, noch daß eines Standes, wie dem der kleinen Gewerbeerwerber, der selbst durch die Inflationswirtschaft und eine wahnwitzige Steuergebung ruiniert worden ist.

Die Kantentafel des kaufmännischen Vereins zu Magdeburg beruft auf Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr nach dem kleinen Hofjägerpalast eine außerordentliche Hauptversammlung ein. Mitgliedskarte ist als Anweis vorzulegen.

Die Parteibeiträge und Bezugsgebühren für die „Mitte-deutsche Rundschau“ sind fällig.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß sämtliche Einzelmitglieder und Vertrauensmänner der Deutschen Demokratischen Partei, die keiner Ortsgruppe oder Kreisorganisation angehören, ihre Beiträge direkt an den Bezirksverband Magdeburg-Anhalt zu zahlen haben; Mündelbeitrag vierteljährlich M. 1.— Wir bitten, die Beiträge möglichst umgehend abzuführen, ebenso eruchen wir freundlichst, die rückständigen Bezugsgebühren für die „Mitte-deutsche Rundschau“ für das 4. Quartal 1926 sofort zu entrichten. Wir hoffen, daß unsere Parteifreunde dieser Bitte entsprechen.

Wer hat bezahlt?

Um Einjendung der fälligen Bezugsgebühren und Beiträge wird freundlichst ersucht.

B. V. Magdeburg 9 M., C. C. Mierstleben 8 M., H. S. Magdeburg 9 M., E. U. Wamau 4 M., J. A. Magdeburg 4,25 M., H. T. Coshob 5 M., D. N. Magdeburg 9 M., S. B. Magdeburg 16 M., E. L. Magdeburg 6 M.

Bezirk Halle.

Dank an die Reichstagsfraktion.

Nach Abschluß der letzten Kabinettsbildung sind dem geschäftsführenden Vorstand unseres Bezirksverbandes von vielen Kreisvereinen und Ortsgruppen der Organisation Schreiben zugegangen, in denen um die Übermittlung von Dank und Anerkennung an unsere Reichstagsfraktion anlässlich ihrer Haltung und einstimmigen Entscheidung gegen ihre Beteiligung an einer Regierung des Bürgerblocks gebeten wurde. Der geschäftsführende Vorstand hat darauf in völliger Übereinstimmung mit der in den Danhschreiben geäußerten Auffassung an den Geschäftsführer der Reichstagsfraktion und an unsere Reichstagsfraktion nachstehendes Telegramm gerichtet:

Der Vorstand des Bezirksverbandes der D. V. P. im Reg.-Bez. Merseburg (11. Reichswahlkreis) spricht der Reichstagsfraktion Dank und Anerkennung aus für die Einmütigkeit, mit der sie ihre Beteiligung an einer Regierung des Bürgerblocks abgelehnt hat. Der Vorstand dankt insbesondere auch dem Parteiführer für sein unentwegtes Festhalten an einer politisch klaren Wegrichtung.

Minister Dr. Schreiber

bei der rheinisch-westfälischen Industrie.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen im Rheinland und Westfalen und die Nordwestgruppe der Eisens- und Stahlindustriellen hielt in Düsseldorf ihre von Vertretern der Behörden und der führenden Wirtschaftskreise stark besuchte Mitgliederversammlung ab, zu der auch der preussische Handelsminister Dr. Schreiber sein Erscheinen zugesagt hatte. Über den Verlauf der Veranstaltung schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Der marxistische Vortrag des Tages war der vom preussischen Handelsminister Dr. Schreiber, der insbesondere in der Frage der Stellungnahme des Unternehmens zur Arbeiterschaft in freimütiger Weise eine innere Umstellung der Unternehmenspolitik forderte und sich gegen den Wertgemeinschaftsgebanen in seiner heutigen Form unter Ausschaltung der Gewerkschaften wandte.

Handelsminister Dr. Schreiber

führte in seinem Referat „Politik und Wirtschaft“ u. a. aus, daß beide untrennbar miteinander verbunden sind. Die Bedeutung des inneren Marktes für unsere Wirtschaft ließe sich u. a. nur dann richtig würdigen, wenn gleichzeitig die Lage und die Möglichkeiten unserer Industrie berücksichtigt würden. Während die Ausschussarbeit sich

köstend die Erweiterung der Berufs- (Fortbildungs-) Schulung vom 31. Juli 1923, die ländliche Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen beschleunigt durchgeführt werden.

2. Unsere Jugend muß bei aller Achtung für die geschichtliche Vergangenheit für den in der Reichsverfassung verankerten Volkssinn erzogen und gewonnen werden. Die Erziehung zum deutschen Staatsbürger hat darum im Mittelpunkt alles Unterrichts zu stehen, dessen ethisch gerichtetes Ziel die Erziehung zur wehrten Volksgemeinschaft ist.

3. Die gesamte schulfähige Jugend hat mindestens 4 Winterhalbjahre die ländliche Fortbildungsschule mit mindestens 6 Wochenstunden zu besuchen. Der Unterricht hat die Aufgabe, im Anschluß an das Bildungsgut der Volksschule und in steter Beziehung zur Heimat, die Kenntnisse und Fertigkeiten der Jugendlichen zu erweitern und sie zur Erfüllung der Aufgaben und Pflichten in Beruf, Familie, Gemeinde und Staat zu befähigen. Auf die häuslichen und kleinstenverhältnissen Belange ist stets genügend Rücksicht zu nehmen.

4. Unterrichtgegenstände der ländlichen Fortbildungsschulen sind: Staatsbürgerkunde und Lebenskunde, Deutsche Sprache, landwirtschaftliche Naturkunde, Wirtschaftskunde, anodisch eingestelltes Rechnen, zeichnende Raumlehre und landwirtschaftliche Buchführung. Fragen der Bodenkunde und des Fiedlungsweins sind in den Lehrplan mit aufzunehmen. Die Fortbildungsschulen für Mädchen sind entsprechend den weiblichen Aufgaben und Pflichten durch Aufnahme von Hauswirtschaft, Handfertigkeit, Gartenbau, Gesundheitslehre und Kunst auszugestalten.

5. Um die Fortbildungsschulen in ihrem Aufbau besser fördern zu können, muß es die örtlichen Verhältnisse gestatten, mehrere Gemeinden zu einem Fortbildungsschulverband zu vereinen.

6. Die Lehrkräfte sind in besonderen Lehrgängen unter Bereitstellung ausreichender Mittel für den Unterricht in der ländlichen Fortbildungsschule besonders vorzubilden. In allen umliegenden Entscheidungen über Fortbildungsschulfragen und die Vertreter der Landwirtschaft und der Lehrerschaft zu ziehen.

7. Die Lehrkräfte der ländlichen Fortbildungsschulen sind zur verantwortungsvollen und schwierigen Arbeit entsprechend auszubilden. Personalabfertigung, nach verschiedenen differenzierte Vergütungen sind abzulehnen.

8. Für die Beaufsichtigung und Verwaltung des ländlichen Fortbildungsschulwesens sind besondere Deputiertenstellen zu setzen und mit den Volksschul- und Fortbildungsschulwesen verbundenen Persönlichkeiten zu belegen. In der Kreisverwaltung ist die Aufsicht der ländlichen Fortbildungsschulen — auch wenn es des inneren und äußeren Zusammenhanges mit dem Volksschul- — den Schulräten unterstellt bleiben. Ein Zusammenarbeiten mit landwirtschaftlichen Fachschulen ist anzustreben.

In der ausführlichen Erörterung, in der vor allem eine große Zahl praktischer Landwirte den Standpunkt der Reichstagsfraktion, zeigte sich das große Interesse, das in der ländlichen Volksschule die Frage des Fortbildungsschulwesens bildet. Schließlich wurde ein Ausschuss, bestehend aus Personen eingeleitet, der nachdrücklich die Förderung des ländlichen Schulwesens ausarbeiten und den zuständigen Stellen, vor allem auch der demokratischen Landtagsfraktion, unterbreiten soll.

Verrat der Wirtschaftspartei an ihren Wählern.

Unabhängig hat die Wirtschaftspartei zusammen mit dem Führer Ladendorff gegen die Wohnungswirtschaft Sturm gelaufen, und gerade ihr Drängen hat mit die größte Schuld an der von den Gewerbetreibenden befohlenen Verordnung des Preussischen Volksratsministers vom 11. 11. 26 betreffend Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangsversicherung. Gerade die Wirtschaftspartei war es, die in der Sitzung des Landtages vom 12. 11. diese Verordnung anders begriffte. Auch heute noch nach all den Stirnen aus den Kreisen der Ladenmieter hat die Wirtschaftspartei sich nicht bekehrt, obwohl sich in diesen Tagen die Volkspartei und sogar die Deutschnationalistische Partei, wenn auch in abgeschwächter Form, demers der Demokraten sofort am 12. 11. erhobenen Einspruch angegeschlossen, also wenigstens ihre bisherigen Forderungen gutzumachen bemüht haben. In tröstlicher Weise hat auch heute wieder Herr Ladendorff für seine Partei im Landtage sich für die Verordnung vom 11. 11. eingesetzt. Wenn nicht die Befestigung der ganzen Wohnungswirtschaft mit einem Mal erreicht werden könnte, so sei es doch ein Fortschritt, wenn wenigstens ein Teil, in diesem Falle bei den Gewerbetreibenden, der Abbau der Zwangsversicherung begonnen habe.

Die Handlungsweise der Wirtschaftspartei in dieser Hinsicht, stehen im schärfsten Gegensatz zu den bei den Wahlen im Dezember 1924 gemachten Versprechungen. Kein Gewerbetreibender, der Selbst- und Standesbewußtsein besitzt, hätte der Wirtschaftspartei seine Stimme geben, wenn er diese Faltung der Wirtschaftspartei zu voraussehen könnte. Auch der Gewerbetreibende, Hauseigentümer und nicht Mieter ist, würde es nicht an haben, weil er seinen Kollegen nicht unglücklich machen und an den Bettelstab bringen will, weil er über sich eine so einseitige Interessenpolitik verurteilen würde.

Es ist ein Verdienst um die Bereinigung des politischen Lebens, daß der demokratische Abgeordnete Hoffmann auf die Widersprüche im Landtag hingewiesen hat. Im Nachhinein hat die Wirtschaftspartei diesen Mittelstand für die Reichstags- und Landtagswahlen — abgedruckt auf Seite 201—205 im Handb. des Preussischen Landtags vom 20. Februar 1925 — als es nämlich folgendermaßen:

„Die Wirtschaftspartei fordert die Befestigung der Wohnungswirtschaft mit von wirtlichen Sachverständigen zu schaffenden Uebergangsbestimmungen.“

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen

der

Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuss: Montag, den 13. Febr. abends 7½ Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 139 bis 140.

Stammisch: Dienstag, den 8. Februar, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6.

Gruppe Nordfrank-Witte-Neudorf. Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr im Cafe der Nationalkassette in der Wöhlgenstraße: Vortragsabend.

Konkret Henning spricht über „Kirche und Republik“. Jedermann willkommen.

Gruppe für Handwerk und Gewerbe. Montag, den 14. Februar abends 8 Uhr in den „Mitglieder Bürgerkäse“. Vortrag des Landtagsabgeordneten Knief-Casell über „Mittelstandsgesetz im Reichs- und Landtag“. Alle demokratischen Mittelständler müssen erscheinen. Gäste willkommen!

Umland-Verein. Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr in den „Mitglieder-Bürgerkäse“, Alpfeldstr. 9. Vortrag des Herrn Stadtverordneten D. Bürre über: „Ackerbau als Wirtschaftsfaktor“. Gäste willkommen.

Politische Aussprache. Die nächste Aussprache findet am Sonntag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr in der Freundschaf statt. Redner wird noch bekannt gegeben.

Demokraten, verbreitet Euer Wochenblatt!

Unsere Freunde in Stadt und Land bitten wir herzlich, auf die Verbreitung unserer Wochenchrift mitzuwirken. Wir können den vielen Wünschen, die an uns gerichtet werden, nur nachkommen, wenn wir auf die Unterstützung unserer Freunde rechnen können. Wir bitten alle Freunde, die finanziell dazu in der Lage sind, um Übernahme von Retrospektiven für wirtschaftlich Schwache, denen es nicht möglich ist, unsere Presse auf eigene Rechnung zu halten. Wir wollen darauf hin, daß eine einige hundert Anstifterinnen vorliegen von politisch sehr stark interessierten Parteifreunden, die um ein Preisstück unserer Wochenchrift ersuchen. Sicherlich sind eine Anzahl Parteifreunde bereit, auf ihre Kosten auf ein Viertel- oder Halbjahr diesen freien Freunden ein Exemplar unseres Blattes zukommen zu lassen. Probeblättchen versendet der Verlag an alle interessierten Kreise und bitten wir sehr um einige Anstifterinnen. In einzelnen Orten, wo die Verbreitung unserer Wochenchrift in geschickten Händen liegt, haben wir sehr erfreuliche Fortschritte gemacht. Was in diesen Orten möglich ist, wird überall gelingen, wenn wir uns energisch um die Verbreitung unseres Blattes bemühen.

leidlich entwickelt habe, sei eine Besserung der Einfuhrsteuer durch Bericht auf im Eigenland vorhandene Rohstoffe und Waren nötig. Die Befreiung der Wohnungsmieten werden ebenfalls den inneren Markt beleben. Die Senkung der Konsumsteuer sei weiter ein wichtiges Mittel zur Belebung des Binnenmarktes, könne aber nicht allein mit der primitiven Methode einer allgemeinen Vorkürzung erreicht werden. Ein beratig monatliches Lohngehalt wird die Werteverminderung der Produktion und Betriebsbeschränkung zur Folge haben, um die Höherbezahlung einer kleineren Arbeiterzahl zu ermöglichen. Besüglich der Leberarbeit sei anzuerkennen, daß ein fortgesetzter Betrieb in Zeiten vorübergehender Auftragshäufung Leberarbeit nicht entbehren könne, jedoch dürfe auf keinen Fall die heutige allgemeine Lebensführung des Arbeiterstandes als Regel angesehen werden. Die Unternehmerricht mußte in vorerwähnter Weise dazu kommen, für dauernde Leberarbeit auch wieder Neueinstellungen vorzunehmen. Die Belebung der Betriebe mit wahrscheinlich zum größten Teile geborgtem Kapital habe ein Ausmaß angenommen, daß die Frage nahe läge, lieber weniger Geld in die Betriebe als mehr in den Konsum und mehr in die Produktion hineinzulegen. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müsse ein anderes werden als heute. Der Gedanke der Weltgemeinschaft unter Ausschaltung der Gewerkschaften sei nicht in der von dem Unternehmertum heute angestrebten Form zu realisieren. Hinweise auf Amerika verweisen zu leicht, daß dort ganz andere Verhältnisse vorliegen. Es dürfe nicht vergessen werden, daß die deutschen Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten ein großes Verdienst um die Hebung und Entwiklung der Arbeiterklasse sich erworben haben, und das Wissen um dieses Verdienst mache ihre Ausschaltung unmöglich.

Dr. Schreiber forderte weiter eine innere Umstellung der Unternehmerricht und des gesamten deutschen Volkes. Die in der Zeit der Dreiklassenverfassung politisch gesellschaftlich minderberechtigten Volksteile seien heute zwar politisch gleichberechtigt, dagegen sei die gesellschaftliche Gleichberechtigung, wie sie gerade auch in Amerika größtenteils vorhanden sei, bei uns noch nicht da. Das deutsche Volk müsse dahin kommen, daß jeder Einzelne zu einer mit verdienstlichen gestifteten Bürgerrecht gehört, auf der der Einzelne sich nicht nach Verdienst der Armen, sondern nach eigenem Verdienst auf- und abwärts bewege.

Der Weg der jungdemokratischen Politik.

Halle. Der Vortrag, den der Bundesvorsitzende des „Reichsbundes deutscher demokratischer Jugend“, Herr Dr. Fri a u l, vor Jungdemokraten und Mitgliedern des Vereins der D. D. P. am vergangenen Sonntagabend hielt, bedeutet, um es vorwegzunehmen, für eine geistliche Zusammenarbeit und für ein gegenseitiges Bestreben und Fördern einen vollen Erfolg. Die Veranstaltung war vom Vorstand des Vereins der Jungdemokraten einberufen, und nach vorheriger Lebererkenntnis waren die Mitglieder des Vereins der D. D. P. zum Besuch eingeladen worden. Man hätte gewünscht, daß der Besuch aus diesen Reihen fruchtbarer wäre. Denn die dem Vortrag vom Redner zugrunde gelegten Gedanken, seine glänzende Vortragart und die im Vortrage für die demokratische Jugend empfohlene politische Richtung zeigten, daß die Bestrebungen auf dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet zwischen den älteren Demokraten und ihren jungen Freunden sich decken. Dieser Auffassung gab nach dem Vortrage auch der Vorsitzende des Vereins der D. D. P. in Halle, Herr M i n n e r, Ausdruck. Er begrüßte die heute durch den Vortrag erfolgte Klärung der Ziele der Jungdemokraten, die als gemeinschaftliche mit denen der Mitglieder des Vereins der Demokratischen Partei angesehen werden könnten. Der demokratischen Jugend solle es nach wie vor umkommen bleiben, mit dem der Jugend eigenen Feuer und mit jugendlicher Begeisterung sich für ihre politischen Ideale einzusetzen. Man solle aber auch gegenüber notwendiger Realpolitik die Erfahrungen des Alters mit der ihnen gesicherten Bewerterung einschätzen. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten über das politische Tempo werde auch künftig eine Aussprache zwischen Jung und Alt, wie sie heute geboten worden, zur Glättung und zur gemeinsamen Tätigkeit führen. An der Aussprache beteiligte sich weiter Herr D o r n b l u t h, der insbesondere die Schärferheiten vor denen die demokratische Fraktion und die Partei als solche bei ihren Entscheidungen wiederholt gestellt war, erläuterte. Die gemeinsame Arbeit von Jugend und Alter verbürge schließlich den Erfolg der Demokratie.

In seinem Vortrage ging Dr. Frank von der seit der Staatsumwälzung - erfreulicherweise entstandenen Bestätigung des jungen Deutschland mit den politischen Fragen der Politik aus. Die Jungdemokraten vertreten und unterstützen jede Friedens- und Verständigungspolitik und schließen sich der großen außenpolitischen Propaganda des jungen Deutschland im Erkenntnis zu Panuropa an. Fair, Armen, Außen- und Wirtschaftspolitik ist oberstes Gebot, Gerechtigkeit. Es gibt nur die Wahl zwischen Weimar und Moskau. Umso mehr werden wir unser Bestreben zu Verfassung und demokratischer Republik aktiv betätigen. Im kulturpolitischen Komplex treten die Jungdemokraten für die Simultanschule ein, da nur diese konstitutionelle Gegenüberüberbrücken kann und nur durch die Staatschule staatsbürgerliche Erziehung durch den Staat möglich ist. Die großen Fragen der Politik sind ebenso wichtig wie die Tagespolitik, deshalb besaßen sich die Jungdemokraten mit allen Gebieten des politischen Lebens. Im Unterschied zu den Jugendgruppen anderer Parteien ist der Jungdemokrat nicht verpflichtet, Mitglied der D. D. P. zu sein. Junge, studierende Menschen zwingt man nicht geru in ein Parteiprogramm. Trotzdem oder gerade deswegen sind die Jungdemokraten der wahrhaft demokratisch erzogene Nachwuchs der Partei. Nicht die unbedingte Treue zu Parteibestrebungen, sondern zur demokratischen Weltanschauung überhaupt und zur sozialen Republik ist die vornehmste Erziehungsaufgabe demokra-

tischer Jugend. Die eingehenden und interessanten Ausführungen fanden einstimmigen Beifall, dem der Vorsitzende der Jungdemokraten, Herr R e i n i c h, noch besondere Ausdruck gab.

Berein der D. D. P.
in Halle
Mittwoch, den 9. Februar,
abends 8 Uhr, im Nikolaus-Saal
Haupt-
Versammlung

Tagesordnung:
Geschäfts- und Kassenbericht.
Satzungsänderung.
Vorstandswohl.
Wahl der Delegierten zum Bezirksparteiorg.
Hierauf:

Die politische Lage
Redner: Herr **Renker**
Kommunale Fragen

Der Vorstand erwartet eine rege Beteiligung der Mitglieder.

Die „alten“ Reichsfarben.

Halle. In der „Hollischen Universitäts-Zeitung“ vom 18. Januar 1927, einem ganz rechtsstehenden Studentenblatt, findet sich ein Aufsatz über „Die Tage der Reichsgründung im Spiegel altkaiserlicher Feiern“. Dem entnehmen wir folgende Schilderung der Reichsgründungsfeier im Jahre 1871: „Die Siegesfeier und die „Reichsgründungsfeier“, wenn wir von diesem Begriff damals schon reden dürfen, fand erst im März statt. Die Festlichkeiten fielen mit dem Geburtstag des Kaisers zusammen. Mit begeisterten Worten schildert der Referent des „Hollischen Tageblattes“ die Ereignisse. Die Straßen waren in Leubengänge verwandelt, aus den Häusern wehten die Fahnen. Die preussischen und die alten Reichsfarben konnte man sehen, aber auch schon die neue schwarz-weiß-rote Tricolore des Kaiserreichs.“

Daraus geht hervor, daß man 1871 in Halle noch sehr gut gewußt hat, was die „alten“ Reichsfarben waren, während man die „neuen“ noch nicht kannte. Und wieviele gibt es nicht heute, die behaupten, sie könnten sich nie und nimmermehr entschließen, die „alten“ (d. h. schwarz-weiß-rote) Farben preiszugeben und könnten darum auch nicht zu den Demokraten kommen, mit denen sie sonst ganz übereinstimmen.

Es wäre gut, wenn unsere Freunde für die Verbreitung von Aufklärung über den wahren Sachverhalt sorgen wollten.

Halle. (Anormale Pleite.) Die Nationalisten und Haltenkreuzler kriegen nicht einmal mehr eine richtige Pleite fertig. So hat die „Nationalistische Arbeiter-

partei, Kreisverein Leipzig“, färglich Konturs angeme det. Das Gericht hat den Antrag auf Einleitung des Verfahrens aber wegen Mangel an Masse abgelehnt. Ob man darunter auch die Gehirnmasse gemeint hat?

Beihensels. Ortsgruppe der D. D. P. Montag den 7. Februar, abends 8 Uhr im „Sächsischen Hof“ Jahres-Hauptversammlung. Tagesordnung

D. D. P. in Halle.
Un unsere Mitglieder!

Die Mitgliederarten für 1927 gelangen ab nächster Woche zur Ausgabe. Die Beiträge, die auf Wunsch auch in halbjährliche oder vierteljährlichen Raten gezahlt werden können werden bei den Mitgliedern, die nicht persönlich in Parteibüro oder durch Ueberweisung zahlen, durch in deren Boten gegen Ausbändigung der Mitgliedsarte eingezogen. Wir bitten, die Beiträge bereitzubalten. Der Vorstand.

Jahres- und Kassenbericht. Bericht über den Demokratischen Mittelwandsatz. Vorstandswahl. Antrag und Beschließendes. Zahlreiches Erscheinen ist dringender nötig.

Beihensels. Am Sonntag, den 13. Februar, wird für die Kreisorganisation ein Parteilag abgehalten werden. Im Laufe der Verhandlungen spricht Herr D o r n b l u t h in Halle über „Opposition und Bürgerbund.“

Soziales

Kündigungsschutzbestimmungen für Angestellte über 5000 Mark Einkommen.

Die Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates begutachten. . . .

Nach § 68 HGB. und § 133 a. b RGO. gelten gemäß Kündigungsschutzbestimmungen nur für Angestellte mit einem Einkommen bis zu 5000 Mark. Reitere Grenz beträge sind in den Vorschriften des HGB. über die Einberufung von Wettbewerbsverfahren festgelegt insofern als solche Verordnungen mit mehr als 8000 Mark Einkommen aber unbeschränkt wirksam sind. Diese Grenze wird in der Inflationszeit auf die Geldbewertung umgestellt worden, ohne daß bis jetzt eine erneute Umstellung auf die feste Währung erfolgt wäre. Es gelten also noch heute die Bestimmungen, nach denen die genannten Grenzwertbeträge mit der jeweiligen Inflationssumme für den jeweils geltende Grenze ermittelt wird. Ein Gehalt über den Angestellten durch diese Regelung nicht entstände Anmerkung ist es verständlich, wenn die beteiligten Wirtschaftler heute, nachdem bereits drei Jahre stabiler Währung ins Land gegangen sind, Wert darauf legen, auf dieser von der Inflation berechneten Loszumachen und zu festen Grenzwertbeträgen überzugehen. Aus diesem Grund hat Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsminister a meichman den vorläufigen Reichswirtschaftsrat um die Erstattung eines Gutachtens über die festzulegenden neuen Beträge ersucht.

Nach Auflösung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten wäre es richtiger, die Gehaltsgrenzen bezüglich der Kündigungsschutzbestimmungen sowie die 8000-Mark-Grenze für die Wettbewerbsverfahren völlig zu streichen und damit allen Angestellten den Anspruch auf die in Betracht kommenden Vergünstigungen einzuräumen, während die Verbotsgrenze für die Verabredung von Konturen Klauseln nicht nur angepaßt, sondern tatsächlich wesentlich erhöht werden sollte. In diesem Sinne ist der Gewerkschaftsbund der Angestellten auch an den Reichswirtschaftsrat herangetreten.

Einige Berichte mußten wegen Platzmangel zurückgestellt werden

Das neue Heim des Demokratischen Klubs



Eine gemütliche Ecke im Klubzimmer
In Berlin hat der Demokratische Klub ein neues Heim eingerichtet. Die Räume sind von namhaften Künstlern ausgestattet und bieten mit ihrer schönen Ausstattung den Klubmitgliedern einen angenehmen Aufenthalt.

